

«Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller»

von Reinhard Koradi

Es gibt viele Möglichkeiten, auf Krisen jeglicher Art zu reagieren. So kämpfen die schuldengeplagten Nationen derzeit gegen ihre wirtschaftlichen Probleme mit Sparpakten, Deregulierung und Privatisierung. Die staatlichen Unternehmen für die Grundversorgung in den Bereichen Verkehr, Energie, Bildung und Gesundheit werden wie das Tafelsilber in der Not nach Diktat der Gläubiger verschachtelt. Renten werden gekürzt und öffentliche Arbeitsplätze zu Tausenden gestrichen. Volkswirtschaften werden geplündert, ob in Griechenland oder anderswo. Die propagierte Rettung des Euros steht über der Sicherstellung einer geordneten Funktionsfähigkeit der geprägten Volkswirtschaften. Der ungebremste Wettbewerb kennt eben keine Nachsicht: Wer nicht wettbewerbsfähig ist, hat sein Existenzrecht verspielt. Im sogenannten «Freien Markt» setzen die Mächtigen – Global player – die Grenzen nach ihrem Gutdünken. Sie entmündigen den Nationalstaat, negieren die Rechtsstaatlichkeit und rauben den Völkern das Recht auf Selbstbestimmung und damit deren Freiheit. Die verschuldeten Staaten, die über keinen Freibrief zum Schulden-Machen verfügen (wie die USA), werden in Beugehaft genommen. Und zwar so lange, bis sie sich uneingeschränkt in den Dienst des Grosskapitals stellen und die legitimen Interessen der eigenen Bevölkerung verraten. Oder aber die Bürger ergreifen die Initiative und fordern von ihren Regierungen eine Volkswirtschaft, die den Interessen aller Bürger und damit den Staatsinteressen gerecht wird.

«Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller»

Die Zeit ist reif. Mit der Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller» wird das Schweizervolk eingeladen, über die Ziele und Art des Wirtschaftens eine grundlegende Diskussion zu führen. In dieser direktdemokratischen Klärung betreffend die Zukunft unseres Landes geht es um die Wirtschaftsordnung und

Fairness im nationalen und internationalen Wettbewerb. Mit eingeschlossen ist die Forderung nach einer sorgfältigen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Eine gezielte Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen durch den Staat soll dazu beitragen, den Machtmissbrauch marktmächtiger Unternehmen, unlautere und ruinöse Wettbewerbsformen und die ausufernde Verschleisswirtschaft einzudämmen. Auch soll geschützt werden, was schützenswert ist. Es wird eine Frage des politischen Willens sein, inwieweit der sogenannte «freie Markt» durch subtile, auf die Interessen des Landes und der Bevölkerung abgestimmte Lenkungsmaßnahmen ergänzt wird.

Es ist ein parteienübergreifender Konsens zu finden, um die Fehlentwicklungen, die sich im gesellschafts-, staatspolitischen, strukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld eingeschlichen haben, ausmerzen. Ein Zusammenrücken – oder ein friedliches Zusammenleben – wäre eine günstige Grundlage, die erlaubt, die eingehandelten Souveränitätsverluste und die Handlungsfähigkeit auf die nationale Ebene zurückzuholen. Die Frage, wem soll die Wirtschaft dienen, dem Kapital oder dem Menschen, wird durch die Initiative zwingend gestellt. Allerdings führt diese Fragestellung über eine isolierte Betrachtung des Wirtschaftens hinaus. Einer Stellungnahme zur Zulässigkeit fremder Einmischung in innere Angelegenheiten, zur Bedeutung des inneren Zusammenhaltes, zur Einordnung der Wirtschaft in unsere Gesellschaft und zum Recht auf Selbstbestimmung können wir nicht ausweichen.

Initiative ist notwendig, weil sich die propagierte Freiheit als Sackgasse erweist

Deregulierte Märkte sind grenzenlos. Die versprochenen Freiheiten offenbaren sich als Sackgasse. Der aufgelöste Grenzschutz öffnet das Tor für eine wuchtige Dampfwalze, die rücksichtslos staatspolitische, kulturelle, ideelle Werte wie auch historisch gewachsene

Strukturen zermalmt und den Nationalstaat am Lebensnerv trifft. Je länger, je mehr entpuppt sich das durch neokonservative Kreise propagierte und durchgesetzte Diktat des freien Marktes als Trojaner. Es ist ein Angriff auf die abendländische Kultur, die systematisch aufgelöst werden soll. Das dadurch geschaffene Vakuum soll durch Gleichschaltung und Nivellierung auf tiefem Niveau ganz nach dem Gusto des Imperiums ausgefüllt werden. Damit keiner dieser Gleichschaltung entrinnen kann, werden alle Staaten in Sippenhaft genommen (Europa) oder widerspenstige Staaten erpresst (Schweiz).

Das von der EZB und vom FED inszenierte Täuschungsmanöver bezüglich der Rettung der Schuldenländer durch die unbeschränkte Produktion von Papiergeld dient allein dem kapitalistischen System. Dabei wäre eine ehrliche Staatsführung und Wirtschaftspolitik, die dem Allgemeinwohl der Völker dient, keine Utopie. Man müsste einfach die Macht der Hochfinanz brechen. Noch sind die finanziellen, politischen und rechtlichen Grundlagen vorhanden. Die Staaten müssten sich aus der Sackgasse lösen und ihre Freiheiten wieder zurückholen. Im Grunde genommen geht es um die konsequente Umsetzung des Verfassungsauftrages der einzelnen Nationen – ohne Einmischung von aussen.

Die Schweiz stört

Die Schweiz stört die Vernebelungs- und Konzentrationsstrategie der Macht, weil sie einen anderen Weg aufzeigt. Durch die Einführung der Schuldenbremse, einer bis anhin umsichtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft, gelang es der Schweiz, den Staatshaushalt auf allen drei Ebenen (Bund, Kantone und Gemeinden) noch weitgehend im Gleichgewicht zu halten. Dies weckt Neid und Gelüste ausserhalb unserer Landesgrenzen und mündet in ein gefährliches Machtgehebe ausländischer Regierungsvertreter.

So haben die Angriffe aus Deutschland ein Ausmass an Unverfrorenheit und Respektlosigkeit angenommen, die eine unmissverständliche Rückweisung dringend notwendig machen. Auch Brüssel, Paris und Washington wollen die Schweiz mit ihren vielfältigen Standortvorteilen zermürben. Ein Prozess, dem sich unser Bundesrat, aber auch unser Parlament energischer entgegen stellen sollten. Statt dessen hofieren noch zu viele Volksvertreter aus der Schweiz in internationalen Gremien und in den Hauptstädten, um sich weiter in den Dienst des globalen Kapitals zu stellen, und selbst die Vermarktung unserer Standortvorteile zu Dumpingangeboten beim globalen Nivellierungspakt ist kein Tabu mehr. Neben Sachwerten und geistigem Eigentum wird sogar die Zukunft unserer Kinder dem Moloch «Globalisierung und Nivellierung» geopfert.

Ein starkes Signal setzen und gewachsene Strukturen schützen

Die über Generationen gewachsenen Strukturen innerhalb unserer Volkswirtschaft verfügen noch über eine beachtenswerte Widerstandskraft. Gleich dem Schutzwald in den Bergen sind sie stark verwurzelt und vernetzt. Die Widerstandskraft gründet in der politischen Reife des Volkes, den gewachsenen Strukturen, der Bildung, im sozialen Frieden und in unserer Tradition. Zuverlässigkeit, Innovationskraft, Qualität und sorgfältiger Umgang mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen haben ihre Wurzeln in einer sozial verträglichen Wirtschaftsstruktur, auf der die Wettbewerbsfähigkeit und eine weitgehende Sicherheit der Arbeitsplätze basieren.

Im Zusammenhang von internationalen Abkommen, WTO, IWF und den bilateralen Verträgen mit der EU und andern Freihandelsabkommen, wurden weitgehende Eingriffe in die bewährten Strukturen eingehandelt, mit gravierenden Folgen für die Unabhängigkeit und damit das Selbstbestimmungsrecht des Nationalstaates und die Versorgungssicherheit. Die Freihandelsabkommen sind eine Zeiterscheinung, die primär einer globalen Neuordnung der Produktionsstandorte dient. Die Zuordnung erfolgt nach dem Prinzip der tiefsten Produktionskosten, der Grössenvorteile und dem absolut höchsten Gewinnpotential.

Da die Produktionskosten in der Schweiz relativ hoch sind, wird der Werkplatz Schweiz in Billiglohnländer verlagert. Zielvorgabe ist die Maximierung der Renditen auf globaler Ebene. Was für die Schweiz bleibt, wissen wir noch nicht genau. Wenig rentable Produktionen wie landwirtschaftliche Güter werden durch diesen Optimierungsprozess auf jeden Fall ausgelagert, nach China oder Indien – ohne Rücksicht auf Qualität, Gesundheitsrisiken, Tierwohl und Umweltvergiftung. Aber auch die im internationalen Wettbewerb hervorragend positionierten Banken und Versicherungen stehen vor einer unsicheren Zukunft, wird doch der Finanzplatz Schweiz mit recht unkonventionellen, wenn nicht sogar kriminellen Mitteln angegriffen. Vielleicht sollen wir eine Wohlgefühlse für die Reichen werden, wie dies die im Bau befindlichen Wellness-Reservate, finanziert durch ausländische Milliardäre, oder die Forcierung der Naturpärke befürchten lassen? Oder werden wir in Zukunft eine flächendeckende Urbanisierung der Schweiz «Greater Area Switzerland» erleben?

100 000 Unterschriften unter die Volksinitiative «Für eine Wirtschaft zum Nutzen

«Ich träume von der ersten Firma, die sie vor die Türe stellt» – US-Inspektoren für die Schweiz

von Helmut Hubacher

Stellen Sie sich folgendes vor: Die deutsche Regierung möchte mit eigenen Kontrollleuten erfahren, wie bei uns Produkte hergestellt werden. Das würde mit heller Empörung abgelehnt.

Aus Berlin ist natürlich kein solches Begehren eingetroffen. Wohl jedoch aus Washington. Was noch mehr befremdet: Es ist bewilligt worden. In den nächsten Wochen werden amerikanische Aufpasser wieder Käseereien und Schoggifabriken inspizieren, lese ich in der «Handelszeitung» vom 6.9.2012. «Weshalb will die US-Lebensmittelbehörde wissen, nach welchen Rezepten zum Beispiel Schweizer Schokolade hergestellt wird?»

Auf welches Recht berufen sich die US-Behörden? Mit Recht hat das nichts zu tun. Das ist reine Machtpolitik. Wirtschafts-imperialismus halt. Der amerikanische Markt entspricht einem Fünftel des Weltmarktes. «Kein internationales Unternehmen kann es sich leisten, die USA zu ignorieren. Schweizer Unternehmen schon gar nicht», so die «Handelszeitung». «Zähneknirschend unterwerfen sich deshalb Banken, Pharmafirmen, Revisionsgesellschaften und Lebensmittelunternehmen dem extrritorialen Überwachungsregime der USA.» Die Doktrin der US-Administration

ist, amerikanische Gesetze, Verordnungen und Normen seien auch für andere Staaten verpflichtend. US-Recht sozusagen als globale Pflicht. Offenbar unterwerfen sich diesem Regime auch grössere Staaten als nur die kleine Schweiz.

Seit dem «Banken-Krieg» mit den USA wissen wir, dass bei den Steuern nach dem gleichen Prinzip verfahren wird. Washington kassiert sie nicht nur im eigenen Land. Wo immer Amerikaner arbeiten und leben auf dieser Welt, sollen sie an die USA Steuern bezahlen. Auf die Schweiz übertragen hiesse das, die 750 000 Auslandschweizer wären für den eidgenössischen Fiskus noch immer steuerpflichtig. Ein absurder Gedanke.

Wir haben Amerika stets als befreundetes Land der unbegrenzten Möglichkeiten bewundert. Nun spüren wir die unbegrenzten Ansprüche. Liegt die Vermutung daneben, da werde gerade noch Wirtschaftsspionage betrieben?

Weshalb lassen unsere Behörden das überhaupt zu? Wird da einfach gekuscht? Die USA stellen Schweizer Unternehmen vor eine Wahl, die gar keine ist: Vogel, friss oder stirb! Wird die Kontrolle abgelehnt, ist das Amerikageschäft futsch. Dann bleibt der US-Markt gesperrt. Deshalb

gibt die Wirtschaft nach. Und ermächtigt die Behörden im Bundeshaus, die Aufpasser hereinzulassen. Die «Handelszeitung» dazu: «Seit einem guten Jahrzehnt gebärden sich die USA als das Land der unbegrenzten Überwachung.» Das geht also schon seit Jahren so. Und im Bundeshaus herrscht dazu das grosse Schweigen. Dabei tangieren US-Inspektoren die Unabhängigkeit der Schweiz aufs Schwerste. Ich träume von der ersten Firma, die sie vor die Türe stellt. Als Mutprobe für andere.

Quelle: Basler Zeitung vom 15.9.2012

zf. Es stellt sich für jeden Bürger unseres Landes die Frage: Wer verkauft uns hier an fremde Mächte? Die Schweiz ist ein souveränes Land, und es kommt nicht in Frage, dass wir gegenüber welchem Staat auch immer nur einen Millimeter von unserer Souveränität preisgeben. Wir lassen es nicht zu, dass andere Staaten uns sagen, wie unsere Gesetze zu funktionieren haben, und unsere Politiker brav nicken und den Forderungen nachkommen, unabhängig davon, ob das unsere Steuergesetze, unser Bankgeheimnis oder sonst eines unserer Gesetze betrifft.

Auf die Frage, wer die Inspektoren ins Land gelassen hatte, munkelte man im Bundeshaus «wahrscheinlich war es der Schneider-Ammann».

Syrien

Verhandlungen ohne Einmischung ausländischer Mächte

Stellungnahme von Prof. Hans Köchler, Präsident der International Progress Organization

«Ohne Einmischung von aussen: Das bedeutet, dass ausländische Kämpfer und Söldner, einschliesslich der Mitarbeiter westlicher Geheimdienste, das Land verlassen müssen.»

Was könnte man angesichts der verheerenden Ergebnisse der westlichen Politik gegenüber Libyen vorschlagen, um dieselben Fehler wie im Fall Syriens und Irans zu vermeiden?

Hans Köchler: Die militärische Intervention der Nato in Libyen hat nicht nur zu einem verheerenden «Regime Change» geführt, sondern zu einer politischen Zerstückelung des Landes und zu einer Situation der Anarchie. Es hat die politische Lage in der Grossregion Nord-Afrika und im Nahen Osten tiefgreifend destabilisiert – mit Auswirkungen bis nach Syrien, wo libysche Waffen in den Händen von Aufständischen aufgetaucht sind. Die westlichen Länder haben nicht nach Treu und Glauben gehandelt und haben die *Resolution 1973* (2011) des Sicherheitsrates für ihre eigenen strategischen Interessen ausgenutzt. Die Annahme der Libyen-Resolution, angeblich von vornehmen humanitären Zielen motiviert, war möglich auf Grund der Enthaltung zweier ständiger Mitglieder, nämlich Chinas und Russlands. Es ist grundlegend, dass die westlichen Mächte im Sicherheitsrat – die Vereinigten Staaten,

Assad würdigt unvoreingenommene Arbeit des Roten Kreuzes in Syrien

Der syrische Präsident *Baschar al-Assad* hat bei einem Treffen mit dem Chef des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* (IKRK), *Peter Maurer*, die Arbeit des Komitees bei der Regelung der Folgen der Syrien-Krise gewürdigt, meldet die *app*.

Am Vortag begab sich der IKRK-Chef zu einem dreitägigen Besuch nach Syrien. Das ist seine erste Syrien-Reise als Chef der humanitären Organisation.

Präsident Assad versicherte Maurer, er würdige die Arbeit der Organisation auf dem syrischen Territorium. Dabei hob er hervor, dass die Mitarbeiter der Organisation ihre Arbeit unabhängig und unvoreingenommen erfüllen und keine der Konfliktparteien unterstützen.

Der Schweizer Peter Maurer bekleidet das Amt des IKRK-Präsidenten seit Anfang

der internationalen Arena erarbeitet werde, führte Lawrow weiter aus.

Die Probleme, mit denen die moderne Welt konfrontiert sei, müssten auf der Grundlage der Gerechtigkeit beigelegt werden.

Sobald die moralischen Werte verloren gehen, entstehen Ungerechtigkeit und Ideen, die nicht zur Beilegung des Problems beitragen, sondern es im Gegenteil zuspitzen, so Lawrow. «Die Festigung der moralischen Basis der internationalen Beziehungen erachten wir als einen Teil der grossen Politik.»

«Die Notwendigkeit der Arbeit zur Förderung von universellen und für alle annehmbaren sittlich-ethischen Verhaltensnormen in den internationalen Angelegenheiten sowie deren schrittweise Demokratisierung und Befreiung von ideologischen Stereotypen und Doppel-moral liegt klar auf der Hand», hiess es.

Quelle: RIA Novosti vom 13.9.12, <http://de.rian.ru/politics/20120913/264422565.html>

nen sich dem Anliegen der Initiative nicht verschliessen. Bei dieser Initiative gibt es keine Parteigrenzen, sondern allein das gemeinsame Anliegen: Bewährtes zu schützen, das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Allgemeinwohl, der Umwelt und den natürlichen Ressourcen, den vorhandenen Strukturen weiterzuentwickeln und den zukünftigen Generationen eine verantwortungsvolle, faire Wirtschaftsordnung zu übergeben, so dass der Werkplatz Schweiz, die Versorgungssicherheit, die Lebensqualität und das Zusammenleben gefördert werden.

«Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller»

Fortsetzung von Seite 1

aller» sind ein sehr starkes Signal. Eine Bot-schaft, die sowohl im Inland als auch im Aus-land starke Reaktionen auslösen wird. Alle, die für ein friedliches Miteinander, den sozia-len Frieden, eine gerechte Form des Wirt-schaftens, die Erhaltung der Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung mit existenzsichernden Löhnen und Sozialleistungen, der Pflege eines hohen Leistungs- und Qualitätsstandards wie auch für eine menschenwürdige Zukunft der nachfolgenden Generationen eintreten, kön-

Frankreich und das Vereinigte Königreich – vom Rat nicht erneut einen Blankocheck erhalten, der ihnen erlauben würde, mit dem angeblichen Segen der internationalen Gemeinschaft in Syrien oder gegen Iran mit einer bewaffne-ten Intervention vorzugehen.

Das Hauptelement einer Lösung im syri-schen Konflikt werden Verhandlungen zwi-schen den betroffenen syrischen Parteien ohne Einmischung von aussen sein müssen. Das be-deutet, dass ausländische Kämpfer und Söld-ner, einschliesslich der Mitarbeiter westlicher Geheimdienste, das Land verlassen müs-sen. Nachbarländer wie die Türkei dürfen ihr Staatsgebiet nicht für die Infiltration auslän-discher Kämpfer nach Syrien oder für logi-stische Zwecke der Aufständischen zur Ver-fügung stellen. Solche Unterstützung stellt einen eklatanten Verstoss gegen das Völker-recht dar, und insbesondere von Artikel 2 der Uno-Charta. Der neue Gesandte der Vereinten Nationen, *Lakhdar Brahimi*, sollte die volle Unterstützung aller Mitgliedstaaten für seine Vermittlungsbemühungen auf der Grundlage des von seinem Vorgänger *Kofi Annan* aufge-stellten Plans erhalten. Anders als die Initiati-ven der «Freunde der syrischen Opposition» könnten die wichtigsten Länder der Region des Nahen Ostens gemeinsam eine sinnvolle Rolle als Vermittler von Verhandlungen spielen. Der Vorschlag des ägyptischen Präsidenten *Mo-*

hamed Mursi für die Bildung einer «Kontakt-gruppe», die aus Ägypten, Iran, Saudi-Ara-bien und der Türkei besteht, sollte gebührend berücksichtigt werden. (Iran darf aus einer solchen regionalen Initiative nicht ausge-schlossen werden.) Was unbedingt vermieden werden muss, ist das Parteiergreifen zugunsten einer bestimmten Partei oder Gruppe in Sy-rien. In einer Situation eines innerstaatlichen Konfliktes wird parteiisches Handeln durch ausländische Mächte eine friedliche und dau-erhafte Lösung praktisch unmöglich machen. Gegenwärtig können die beiden bestehen-den regionalen Organisationen – die *Arabi-sche Liga* und der *Islamische Kooperations-rat* – keine konstruktive Rolle spielen, weil beide die Mitgliedschaft Syriens suspendiert haben und daher in dem Konflikt Partei ergrif-fen haben. Eine bilaterale «Arbeitsgruppe» wie jene zwischen den Vereinigten Staaten und einem regionalen Staat (nämlich der Tür-kei) wird für eine friedliche Beilegung eben-falls kontraproduktiv sein, da diese Vereinba-rung die gesamte Region der geopolitischen Agenda einer entfernten Supermacht aussetzt und riskiert, den laufenden (regionalen) Stell-vertreterkrieg zu «globalisieren» – mit gefähr-lichen Konsequenzen für alle Beteiligten (ein-schliesslich der Türkei).

Wenn man über die zivilisatorische Dimen-sion des Syrien-Konfliktes spricht: Was sind Ihre allfälligen Überlegungen zur Zukunft der muslimisch-westlichen Beziehungen?

Wien, 23. August 2012

Quelle: Veröffentlicht vom *World Public Forum* am 24. August 2012 auf www.wpfdc.org (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Australier in Afghanistan erleben ihren «allerschlimmsten Tag»

von Richard A. Oppel Jr. und Matt Siegel

Fünf australische Soldaten sind im südli-chen Afghanistan im Abstand von wenigen Stunden getötet worden, drei durch die Hand eines abtrünnigen afghanischen Soldaten, womit diese Phase für einen der strammsten Verbündeten der Vereinigten Staaten zur al-lerschlimmsten im ganzen Jahrzehnt der Kämpfe hier wurde.

Zwei australische Soldaten starben, als ihr *UH-1 Huey*-Helikopter am Dienstagmorgen in Baghran, einem Distrikt der Provinz Hel-mand, abstürzte, wie Nato-Beamte mitteilten. Sie sagten, dass ihnen die Ursache des Ab-sturzes, der ausserdem weitere Soldaten ver-letzte, unbekannt sei.

Drei andere australische Soldaten wurden Donnerstagnacht umgebracht, als in der Pro-vinz Uruzgan im südlichen Afghanistan ein afghanischer Soldat sein Gewehr auf sie rich-tete, der letzte Ausbruch von Anschlägen auf die Koalitionsstreitkräfte, die in diesem Jahr 45 Tote zu verzeichnen hatten, die durch die Hand afghanischer Sicherheitskräfte oder an-derer afghanischer Insider, die eng mit ihnen zusammenarbeiten, umkamen.

Der Anschlag ereignete sich bei einem Treibstoffdepot, als ein Mitglied der afgha-nischen Nationalen Armee die Australier er-schoss und dann von der Basis floh, berichtete Oberstleutnant *Hagen Messer*, ein Sprecher der US-geführten Koalition in Kabul. Das Kommando der internationalen Streitkräfte sagte, das Motiv der Erschiessung sei unklar und man sei am Ermitteln.

Australien hat 1550 Soldaten in Afgha-nistan – die meisten von ihnen in Uruzgan – womit seine Militärpräsenz die grösste ist unter den Nicht-Nato-Staaten in der US-ge-führten Koalition, die hier im Kampfeinsatz ist. Der einzige weitere militärische Todesfall Australiens ereignete sich im Juli. Im letzten Jahr waren 11 australische Soldaten hier um-gekommen, so die Daten von *Icasualties.org*, die militärische Todesopfer verfolgt.

Die Fünf neuen Toten bestürzten Austra-lien. Premierministerin *Julia Gillard* nannte sie die «schrecklichsten Nachrichten» für das Land. «Das ist ein sehr hoher Tribut», sagte Gillard während eines Besuches auf den Cook-Inseln, wo sie erklärte, sie werde ihre Reise abbrechen und nach Canberra zurück-kehren. «Das ist unser allerschlimmster Tag

Auf Grund der kulturellen und religiösen Vielfalt von Syrien hat der interne Konflikt im Land Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der muslimischen und der westli-chen Welt im allgemeinen. Sollte religiöser Fanatismus überhand nehmen und die staat-lichen Strukturen Syriens zusammenbre-chen, könnte die Situation der Christen – die seit den Tagen von Jesus in dem Land ge-lebt haben – unhaltbar werden – mit Folge-wirkungen im gesamten Nahen Osten und in Europa. Gleichzeitig werden die Beziehun-gen der sunnitischen und schiitischen Ge-meinschaften in der gesamten muslimischen Welt davon ernsthaft betroffen sein. Diejeni-gen Staaten, die sich selbst zu «Freunden» der «Allianz der Zivilisationen» der Vereinten Nationen erklärt haben, wie Saudi-Arabien und die Türkei, dürfen sich nicht weiter an der bewaffneten Einmischung in den inner-staatlichen Konflikt in Syrien beteiligen. Ihr Vorgehen hat nicht nur die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen hinsichtlich eines in-terzivilisatorischen und interkulturellen Dia-logs untergraben, sie riskieren heute, die Re-gion in einen langen konfessionellen Krieg mit unbeabsichtigten Konsequenzen für die intervenierenden Staaten und unvorhersehba-ren Folgen für die ganze Welt zu führen.

Quelle: Veröffentlicht vom *World Public Forum* am 24. August 2012 auf www.wpfdc.org (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Australier in Afghanistan erleben ihren «allerschlimmsten Tag»

von Richard A. Oppel Jr. und Matt Siegel

Fünf australische Soldaten sind im südli-chen Afghanistan im Abstand von wenigen Stunden getötet worden, drei durch die Hand eines abtrünnigen afghanischen Soldaten, womit diese Phase für einen der strammsten Verbündeten der Vereinigten Staaten zur al-lerschlimmsten im ganzen Jahrzehnt der Kämpfe hier wurde.

Zwei australische Soldaten starben, als ihr *UH-1 Huey*-Helikopter am Dienstagmorgen in Baghran, einem Distrikt der Provinz Hel-mand, abstürzte, wie Nato-Beamte mitteilten. Sie sagten, dass ihnen die Ursache des Ab-sturzes, der ausserdem weitere Soldaten ver-letzte, unbekannt sei.

Drei andere australische Soldaten wurden Donnerstagnacht umgebracht, als in der Pro-vinz Uruzgan im südlichen Afghanistan ein afghanischer Soldat sein Gewehr auf sie rich-tete, der letzte Ausbruch von Anschlägen auf die Koalitionsstreitkräfte, die in diesem Jahr 45 Tote zu verzeichnen hatten, die durch die Hand afghanischer Sicherheitskräfte oder an-derer afghanischer Insider, die eng mit ihnen zusammenarbeiten, umkamen.

Der Anschlag ereignete sich bei einem Treibstoffdepot, als ein Mitglied der afgha-nischen Nationalen Armee die Australier er-schoss und dann von der Basis floh, berichtete Oberstleutnant *Hagen Messer*, ein Sprecher der US-geführten Koalition in Kabul. Das Kommando der internationalen Streitkräfte sagte, das Motiv der Erschiessung sei unklar und man sei am Ermitteln.

Australien hat 1550 Soldaten in Afgha-nistan – die meisten von ihnen in Uruzgan – womit seine Militärpräsenz die grösste ist unter den Nicht-Nato-Staaten in der US-ge-führten Koalition, die hier im Kampfeinsatz ist. Der einzige weitere militärische Todesfall Australiens ereignete sich im Juli. Im letzten Jahr waren 11 australische Soldaten hier um-gekommen, so die Daten von *Icasualties.org*, die militärische Todesopfer verfolgt.

Die Fünf neuen Toten bestürzten Austra-lien. Premierministerin *Julia Gillard* nannte sie die «schrecklichsten Nachrichten» für das Land. «Das ist ein sehr hoher Tribut», sagte Gillard während eines Besuches auf den Cook-Inseln, wo sie erklärte, sie werde ihre Reise abbrechen und nach Canberra zurück-kehren. «Das ist unser allerschlimmster Tag

Alle Staaten sollen das Recht haben, gleichwertig und gleichberechtigt die Weltpolitik zu gestalten

UN-Menschenrechtsrat schafft das Mandat des Unabhängigen Experten zur Förderung einer demokratischen und gleichberechtigten Weltordnung

Interview mit Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas



Alfred de Zayas (Bild thk)

thk. Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas wurde am 23. März zum Unabhängigen Experten bei der Uno zur Förderung einer demokratischen und gleichberechtigten Weltordnung vom Menschenrechtsrat ernannt. Er ist der erste, der dieses neu geschaffene Mandat übernehmen durfte, um so im Bereich der Demokratisierung der Uno und der in ihr vereinten Nationalstaaten wirken zu können. Bereits in der Herbstsession des Uno-Menschenrechtsrates hat Alfred de Zayas seinen ersten Bericht vorgelegt und ist dabei auf grosse Zustimmung gestossen. Der Unabhängige Experte, der eine lange Karriere an der Uno aufweist, war, wie er selbst sagte, nicht ganz unerwartet zu diesem Amt gekommen, da er sich schon sehr lange mit der Frage der Ausgestaltung echter, das heisst direkter Demokratie, wie sie in der Schweiz existiert, beschäftigt hat. Mit seinem Mandat möchte sich Alfred de Zayas für den Frieden und die Gleichwertigkeit der Völker einsetzen. Zeit-Fragen hat Professor de Zayas an der Uno in Genf getroffen.

Zeit-Fragen: Herr Professor de Zayas, wie muss man die Aufgabe Ihres Mandats verstehen?

Prof. Dr. de Zayas: Die Aufgabe bedeutet eine Synthese von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechten. Es ist ein versöhnliches Mandat, das auf Zusammenarbeit bzw. Solidarität abzielt. Die Staaten des Nordens, des Südens, des Ostens und des Westens sollen sich in diesem Mandat finden und darin etwas Verbindendes sehen. Es ist ein konstruktives Mandat, das auf den Zielen und Grundsätzen der Uno-Charta aufbaut. Es ist also kein Mandat, das gegen einen bestimmten Staat, gegen eine bestimmte Region, gegen eine bestimmte Philosophie oder Ideologie zielt.

Hier geht es um zweierlei: um eine Demokratisierung auf der nationalen Ebene, aber auch auf der zwischenstaatlichen, internationalen Ebene.

Was muss man sich unter einer Demokratisierung auf internationaler Ebene vorstellen?

Wir brauchen eine Weltordnung, die wirklich demokratisch ist, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Das bedeutet,

dass alle Staaten daran beteiligt werden müssen. Bei Entscheidungen, die das Zusammenleben auf unserer Welt betreffen, müssen alle Staaten als Vertreter ihrer Völker etwas zu sagen haben. Diese Gleichberechtigung, die Gleichwertigkeit aller, ist zentral im Text der Resolution 18/6, die das Mandat begründet hat. Ich werde mich sehr genau an den Wortlaut der Resolution halten, wie ich bereits in meinem ersten Bericht gezeigt habe.

Was soll damit erreicht werden?

Die Staaten der sogenannten dritten Welt, die Staaten des Südens, möchten eine Weltordnung, die auf Gerechtigkeit basiert. Sowohl der Handel als auch die Verteilung der Ressourcen muss gerecht geschehen. Die Kluft zwischen Arm und Reich darf nicht weiter vergrössert, sondern muss verkleinert werden. Ohne dass ich bestimmte Staaten nennen muss, kann ich die Thematik erkenntnistheoretisch so behandeln, dass ich Begriffe wie Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und nationale Identität mit Leben füllen kann.

Wie ist hier Ihre Vorgehensweise?

Es finden sich bei den Vereinten Nationen enorme Quellen dazu. Ich werde mich dabei auf die Berichte von ehemaligen Rapporturen stützen, auf Studien der Unterkommission der ehemaligen Menschenrechtskommission, des Menschenrechtsrates selbst oder auf Studien der Generalversammlung. Gewiss beabsichtige ich keine Wiederholung dessen, was bereits gemacht worden ist. Ich werde aber darauf aufbauen. Wie Sie wissen, war ich Sekretär des Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung. Auch die Jurisprudenz des Ausschusses steht mir zur Seite.

Wie schätzen Sie den Wirkungsgrad dieses Mandats ein?

Ich bin sehr optimistisch, was das Mandat anbetrifft, weil bereits viele positive Reaktionen bei mir angekommen sind, seitdem ich ernannt und meine E-Mail-Adresse an der Uno für alle bekannt wurde, nämlich ie-internationalorder@ohchr.org. NGO, Intergouvernementale Organisationen, Staaten, zivile Organisationen und einzelne Personen haben sich mit konkreten Vorschlägen bei mir gemeldet – zum Beispiel, wie sie mein Mandat verstehen, wo sie die Prioritäten sehen usw. Diese Anliegen und Vorschläge nehme ich ernst. Ich werde alles genauestens studieren. Bereits in meinem Bericht an den Menschenrechtsrat habe ich unter Absatz 11 eine Liste von Themenvorschlägen, die ich von Interessierten erhalten habe, zitiert. Ich werde diese Vorschläge natürlich bevorzugt behandeln.

Was entsteht aus all diesen Anregungen und Anfragen?

Ich werde mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Bericht über den Begriff der Partizipation bzw. der Teilnahme der Menschen an der politischen Gestaltung in der Demokratie schreiben, aber über die Mitbestimmung auf der nationalen und internationalen Ebene, über Fragen der Manipulierung der öffentlichen Meinung usw. schreiben. Diese Studien werde ich dann nächstes Jahr dem Menschenrechtsrat vorlegen. Dabei geht es innerstaatlich nicht nur um das Wahlrecht, sondern auch um das Recht, politische Regeln mitzugestalten. Demokratische Wahlen alle vier Jahre sind eine gute Sache, aber man muss wirkliche Optionen haben und nicht nur pro forma stimmen. Die Bevölkerung muss auch die Gelegenheit haben, die Aussenpolitik authentisch mitzugestalten, so dass Regierungen nicht mehr gegen den Willen der Bevölkerung Aussenpolitik betreiben können.

International gesehen, sollten die UN bzw. der Sicherheitsrat insofern reformiert werden, dass mehr internationale Teilnahme bzw. Demokratie verwirklicht wird.

Im Oktober sprechen Sie vor der Generalversammlung. Worum geht es dort?

Ja, ich muss einen anderen ausführlicheren Bericht der Generalversammlung präsentieren. In diesem Bericht identifiziere ich eine Reihe von Hindernissen und versuche, gute Praktiken zu nennen und der Generalversammlung Empfehlungen zu unterbreiten. Das wird am 30. Oktober 2012 in New York – deo volente – geschehen. Ich werde sehen, welche Reaktionen die Staaten in der Generalversammlung auf meinen Bericht zeigen, was sie mir vorschlagen werden.

Wie kann man die Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens anderen Ländern vermitteln? Ein «arabischer Frühling» oder militärische Interventionen der Nato helfen hier sicher nicht weiter.

Ich verstehe mein Mandat nicht als ein Mandat des Naming and Shaming. Mein Mandat ist, wie bereits gesagt, ein konstruktives, das helfen soll, diese Begriffe überall gleich zu verstehen. Wenn ich Demokratie sage, sollte das mehr oder weniger dasselbe sein, was auch eine Person in Nordamerika, Südamerika, Australien, Osteuropa, China, Indien oder Afrika darunter versteht. Es darf nicht sein, dass Demokratie à la carte verstanden wird, genauso wenig, wie es inakzeptabel ist, dass das Völkerrecht nach Belieben angewandt wird. Eines der Haupthindernisse für den Weltfrieden und das Erreichen einer demokratischen und gerechten «Weltordnung» ist nämlich, dass viele Staaten das Völker-

recht nicht gleichmässig anwenden, hier sagen sie ja und dort nein. Ohne bestimmte Staaten kritisieren zu wollen, möchte ich auf diese fundamentale Problematik hinweisen. Letztlich glaube ich, um ein englisches Wort zu verwenden: *«The bottomline is participation.»*

Das bedeutet?

Das heisst, die Bürger müssen an der Politik teilhaben und mitgestalten können, und zwar direkt. Das Modell der direkten Demokratie bietet hier enorm viel. Man muss die Möglichkeit haben, eine Gesetzgebung zu initiieren. Die Möglichkeit zur Prüfung von Gesetzen durch Referenden, aber auch die Möglichkeit, Regierungsbeamte bzw. Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie eine ganz andere Politik führen, als sie versprochen haben – das muss das Wesen der Demokratie sein. Die gewählten Politiker müssen belangt werden können, wenn sie das Versprechen, das sie dem Bürger gegeben haben, gebrochen und somit das Vertrauen missbraucht haben. Darum muss es eine Möglichkeit geben, diese Personen aus dem Amt zu entfernen. Bei uns in den USA gibt es dafür den Begriff des Recall oder Impeachment.

Ich werde also das Modell der direkten Demokratie genau studieren. Es geht um die Frage, wie man dieses Modell mit gewissen Abänderungen in anderen Ländern anwenden könnte. Allerdings muss man bei jedem Land seine Historie, seine Kultur, seine Tradition und seine individuellen Vorstellungen des Zusammenlebens berücksichtigen.

Welche Rolle hat für Sie dabei der Nationalstaat?

Genauso wie im antiken Griechenland mit der Polis ein Staat entstanden ist, in dem die Bürger an der Politik teilnehmen konnten, so soll es für die einzelnen Länder auch gelten. Also der Nationalstaat ist bei diesem Vorgang entscheidend. International gesehen möchten wir, dass alle Staaten das Recht haben, gleichwertig und gleichberechtigt die Weltpolitik zu gestalten. Aber auch intern, also national gesehen, müssen die Bürger eines bestimmten Staates für die eigene Identität, für die eigene Kultur die für sie richtigen Gesetze annehmen und eine Politik wählen, die die Menschenrechte und die Würde von allen Bürgern gewährt.

Herr Professor de Zayas, wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Ausgestaltung Ihres Mandats und danken Ihnen herzlich für das Gespräch.

•

Leser werden von Professor de Zayas herzlich gebeten, Ihre Vorstellungen an ie-internationalorder@ohchr.org zu verschicken.

UN-Menschenrechtsrat-Büro des Hochkommissariats/Pressemitteilung

«Wendet das Völkerrecht einheitlich an und nicht à la carte», fordert der neue Sonderberichterstatter von den Regierungen der Welt

«Wir müssen auf den Grundlagen Selbstbestimmung, Souveränität und Respekt für nationale Identitäten sowie universeller menschlicher Würde aufbauen»

Genf (13. September) – Der vor kurzem zum Sonderberichterstatter für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung ernannte Alfred de Zayas rief heute die Staaten dazu auf, vorwärtszumachen, um die «vielen Hindernisse bei der Umsetzung einer Weltordnung, die demokratisch und gleichberechtigter ist, zu überwinden».

«Diese Vision kann erreicht werden, indem man die Charta der Vereinten Nationen als Weltverfassung respektiert, indem man das Völkerrecht einheitlich anwendet und nicht nach Belieben, indem man sich bei der Androhung oder der Anwendung von Gewalt zurückhält und indem man eine Kultur des Dialogs fördert», sagte Alfred de Zayas bei der Präsentation seines ersten Berichtes vor dem Menschenrechtsrat. «Der Weg zur Zivilisation ist eine lange Reise,

von der Ausbeutung bis hin zur Solidarität», hob er hervor.

Der Sonderberichterstatter schlug Reformen in der internationalen Arena vor, einschliesslich des Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung, und er betonte, dass «eine demokratische und gleichberechtigte Weltordnung nicht nur internationale Anstrengungen verlangt, sondern auch mehr innerstaatliche Demokratie und soziale Gerechtigkeit, eine Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm in allen Ländern, eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und eine unabhängige Gerichtsbarkeit».

«Eine Weltordnung, in der nur einige wenige mächtige Player alle Entscheidungen treffen und dabei oftmals die Konsequenzen für die weniger Mächtigen missachten, ist kaum demokratisch», bemerkte er. «Eine

demokratische Weltordnung heisst, dass alle Völker die Möglichkeit haben, sich an globalen Beschlussfassungen zu beteiligen. Wir müssen auf den Grundlagen Selbstbestimmung, Souveränität und Respekt für nationale Identitäten sowie universeller menschlicher Würde aufbauen. Fortschritt bei der Demokratisierung auf der innerstaatlichen Ebene ist ebenfalls nötig, um einen Zusammenhang zwischen den wahren Wünschen der Menschen und den Regierungsmassnahmen sicherzustellen, einschliesslich der sie betreffenden Aussenpolitik.»

In bezug auf eine gerechte internationale Ordnung hob er hervor, dass *die Reichtümer des Planeten gleichberechtigt geteilt werden müssen* und nicht nur von einigen wenigen Ländern oder Kartellen kontrolliert werden dürfen. «Fairer Handel ist möglich, genauso

wie Wissenstransfer und technische Zusammenarbeit auf gegenseitigem Nutzen beruhen müssen. Die Globalisierung bringt gewisse Gefahren mit sich, sie eröffnet aber auch Chancen für internationale Solidarität», sagte er.

Alfred de Zayas bezog sich auch auf die verheerenden Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und bemerkte, dass *«Märkte kein privater Spielplatz kreditgebender Banken sind, sondern ein öffentliches Treuhandverhältnis, das Transparenz und Rechenschaft verlangt»*. Seiner Ansicht nach «können die Finanzmärkte eine gleichberechtigte Weltordnung voranbringen, wenn sie ihre Rolle als öffentliche Aufgabe verstehen und nicht als einen geschlossenen Klub von Casino-Wirtschaftern. Depression und

Fortsetzung auf Seite 4

Angst erzeugen ist das Mittel deutscher Politik gegen die Schweiz

von Dr. René Schneider

I. Top aktuell

Am 21. September 2012 veröffentlichte der nordrhein-westfälische Landtag die Antwort der Landesregierung auf eine «Kleine Anfrage» aus dem Parlament.¹

1) Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 16/924 vom 18.09.2012, www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-924.pdf. Die Fragen und Antworten haben folgenden Wortlaut (Auszug, mit kritischen Anmerkungen des Verfassers).

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Rechtsstaatsprinzip gestattet und verlangt die Berücksichtigung der Belange einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege und Steuerstrafermittlung. Der Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten kommt dabei unter Berücksichtigung der Wertungen des Grundgesetzes eine hohe Bedeutung zu. Die Bekanntgabe von Einzelheiten zu abgeschlossenen Erwerbsvorgängen kann zum einen den Ermittlungszweck gefährden, solange die sich hieraus ergebenden Steuerstrafverfahren nicht rechtskräftig abgeschlossen sind. Zum anderen könnte die Bekanntgabe von Details zu den Erwerben zur unerwünschten Identifizierung der Anbieter führen. Wenn Details zu einer Identifizierung der Anbieter führen, verstiesse die Preisgabe der Details zudem gegen das Steuergeheimnis.¹ Die Geheimhaltung bestimmter steuerlicher Angaben und Verhältnisse, deren Weitergabe einen Bezug auf den Steuerpflichtigen oder private Dritte erkennbar werden lässt, kann nach Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 und Art. 14 GG auch grundrechtlich geboten sein.

Auch unter dem Aspekt der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beschäftigten (insbesondere im Hinblick auf die gegen nordrhein-westfälische Steuerfahndungsbeamte in der Schweiz ergangenen Haftbefehle) kann eine Mitteilung von Details nicht erfolgen.

Aus diesen Erwägungen kann sich die Landesregierung auch zu abgeschlossenen Erwerbsvorgängen nur eingeschränkt äussern.

Anmerkung: Weshalb die Identifizierung der «Anbieter», also der «Datendiebe» (Täter, Gehilfe oder Beteiligter ist gleichgültig), unter das Steuergeheimnis (§§ 30 bis 31b der Abgabenordnung) fallen sollen, bleibt wohl ein ewiges Geheimnis der Landesregierung. Das Steuergeheimnis schützt den Steuerpflichtigen und nicht den ausländischen Kriminellen, mit dem das Land Nordrhein-Westfalen seine kriminellen Geschäfte macht. Aber wer das «Rechtsstaatsprinzip» (Artikel 20 Abs. 3 GG) für eine Form der Regierungs- und Staatskriminalität missbraucht, pervertiert natürlich auch das Steuergeheimnis zugunsten seiner Komplizen!

1. *Datensätze von wie vielen Bürgern aus NRW sind auf den angekauften Steuer-CDs enthalten? Bitte schlüsseln Sie die Daten nach den einzelnen Ankaufvorgängen auf.* Die bisherige Auswertung der erworbenen Informationen ergab, dass Angaben zu insgesamt 2831 Anlegern aus Nordrhein-Westfalen auf den Datenträgern enthalten sind. Die Anzahl wird sich jedoch mit Sicherheit erhöhen.

«Wendet das Völkerrecht ...»

Fortsetzung von Seite 3

Arbeitslosigkeit sind die Ergebnisse unverantwortlicher Marktstätigkeiten.»

Zu den Hindernissen beim Erreichen einer menschlicheren Weltordnung zählt der Experte «die Status-quo-Mentalität und die allgemeine Trägheit, welche notwendige Reformen verzögern, ebenso wie eigennützige Interessen und Privilegien. Ein Paradigmenwechsel, weg von kurzfristiger räuberischer Wirtschaft und statt dessen ein Überdenken der Werte, die das gesamte Bauwerk der Menschenrechte anregen, sind nötig. Bedingung für nachhaltige Veränderung ist die praktische Anerkennung des Menschenrechts auf Frieden und eine Umstellung der Prioritäten weg vom Krieg hin zu Abrüstung und zur Verwirklichung der Millenniumsziele und für die Zeit nach 2015.»

Quelle: Alfred de Zayas, www.alfreddezayas.com

Anmerkung: Die Frage des Abgeordneten ist laienhaft und ungeschickt formuliert. Für eine statistische Auswertung, mit welcher man die Datenkäufe der NRW-Regierung auf Haushaltsuntreue (§ 266 StGB) überprüfen könnte, müssten folgende Fragen gestellt und die Antworten ausgewertet werden; aber leider fand der Verfasser keinen Parlamentarier, der soviel juristischen Sachverstand – oder wenigstens politischen Weitblick – gehabt hätte, diese Fragen zu stellen:

Das Magazin *Focus* berichtete am 16.9.2012, dass das Land Nordrhein-Westfalen «seit 2010 sechs Steuer-CDs angekauft» hat: «Nach vorläufiger Auswertung listen die Datenträger insgesamt 6989 Anleger auf. Daraus ergaben sich bislang 2624 Strafverfahren in ganz Deutschland.» In der Öffentlichkeit bekannt wurden solche Käufe erstmalig nach der medienöffentlichen Verhaftung des damaligen Postchefs Dr. *Klaus Zumwinkel* am 14.2.2008 wegen des Datendiebstahls durch den Liechtensteiner *Heinrich Kieber*.²

2) www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus-38-2012-nrw-zahlte-gut-10-millionen-euro-fuer-daten-aus-der-schweiz_aid_820499.html

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

- 1.) *Wieviel Daten-CDs oder andere Datenträger (z.B. DVD, USB-Stick) hat die Landesregierung (einschliesslich des Falles Kieber/Zumwinkel) bisher gekauft? Gefragt wird nach der genauen Zahl der Datenträger!*
- 2.) *Wieviel Personen, die in Nordrhein-Westfalen steuerpflichtig sind oder waren, wurden auf den einzelnen Datenträgern identifiziert? Gefragt wird nach der genauen Zahl der in NRW steuerpflichtigen Personen pro Datenträger!*
- 3.) *Wieviel Personen, die in Nordrhein-Westfalen steuerpflichtig sind oder waren, wurden auf den einzelnen Datenträgern identifiziert, obwohl sie ihre steuerpflichtigen Angaben korrekt gemacht hatten und deshalb nicht als Steuerstraftäter verfolgt werden oder wurden? Gefragt wird nach der genauen Zahl der in NRW steuerpflichtigen Personen pro Datenträger, die im strafrechtlichen Sinne unschuldig sind bzw. nicht verfolgt werden oder wurden!*
- 4.) *Wieviel Personen, die nicht in Nordrhein-Westfalen steuerpflichtig sind oder waren, wurden auf den einzelnen Datenträgern identifiziert, obwohl sie ihre steuerpflichtigen Angaben korrekt gemacht hatten und deshalb nicht als Steuerstraftäter verfolgt werden oder wurden? Gefragt wird nach der genauen Zahl der nicht in NRW steuerpflichtigen Personen pro Datenträger, die im strafrechtlichen Sinne unschuldig sind bzw. nicht verfolgt werden oder wurden!*

2. *Wie viele dieser Personen aus NRW haben eine Selbstanzeige abgegeben? Bitte schlüsseln Sie die Daten nach Ankaufvorgängen auf, und wie viele dieser Selbstanzeigen jeweils erfolgreich ein Strafverfahren verhindert haben bzw. wie oft zusätzlich ein Strafverfahren eingeleitet wurde.*

Von den Personen, die sich mit ihren Daten auf einer Steuer-CD befinden, gibt es nur sehr wenige, wenn nicht sogar gar keine Selbstanzeigen, weil eine Selbstanzeige voraussetzt, dass das Steuervergehen noch nicht von den Behörden erkannt wurde. Sollte mit der Frage gemeint sein, wie viele Selbstanzeigen jenseits der CD-Daten eingegangen sind, beläuft sich die Zahl der Selbstanzeigen in NRW seit dem ersten Datenkauf im Februar 2010 auf 6732 (Stand 6.9.2012) – allein mit Bezug zu schweizerischen Banken.

Allgemein ist anzumerken, dass die Anzahl der erledigten Selbstanzeigen in der bundeseinheitlichen Statistik der Straf- und Bussgeldverfahren erfasst wird. Eine gesonderte Statistik bezüglich der Abgabe und Erledigung von Selbstanzeigen (insbesondere im Zusammenhang mit den Datenerwerben) wird nicht geführt. Insoweit können Zahlen in der gewünschten Art und Weise nicht genannt werden. Eine Nacher-

hebung entsprechender Daten wäre – wenn überhaupt – nur mit einem nicht vertretbaren Aufwand möglich.

Grundsätzlich erfolgt ein Abgleich zwischen den auf den Datenträgern befindlichen Informationen und eventuell vorliegenden Selbstanzeigen. Prinzipiell führt aber auch eine Selbstanzeige zur Einleitung eines förmlichen Steuerstrafverfahrens, da die Prüfung der Vollständigkeit der Angaben der Selbstanzeige und der Ausspruch einer Straffreiheit allein in diesem Verfahren möglich sind. Bei wirksamer Selbstanzeige wird das Strafverfahren eingestellt.

3. *Wie hoch sind die Gesamteinnahmen für den Fiskus des Landes NRW aus den Selbstanzeigen der Personen aus Frage 2, aufgeschlüsselt nach Ankaufvorgängen?* Es wird grundsätzlich auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Eine statistische Erfassung von Mehrergebnissen aus eingegangenen Selbstanzeigen in bezug auf einzelne Ankaufsvorgänge ist nicht möglich. Nach Schätzungen des Finanzministeriums NRW werden die Selbstanzeigen in Zusammenhang mit Kapitaleinkünften in der Schweiz allein in NRW zu einem steuerlichen Mehrergebnis von über 300 Millionen Euro führen.

Darin noch nicht enthalten sind die Mehrergebnisse, die sich aus der Auswertung der Datensätze ergeben.

4. *Gegen wie viele dieser Personen aus NRW wurde auf Grund der in dem Datenbestand enthaltenen Informationen ein Strafverfahren eingeleitet? Bitte schlüsseln Sie die Daten nach Ankaufvorgang auf sowie danach, falls schon beendet, ob das Strafverfahren erfolgreich zu einer Verurteilung auf Geldbusse, auf Bewährung oder mit Haftstrafe führte, ob es zu einem Vergleich führte, ob es noch läuft oder ob es zu einem Freispruch führte bzw. ohne Folgen für den Beklagten eingestellt oder beendet wurde.*

Vorab ist festzuhalten, dass die Anzahl der Anleger und der Ermittlungsverfahren nicht identisch ist, da neben dem auf einem Datenträger namentlich genannten Anleger selbst in verschiedenen Fällen gegebenenfalls auch noch Ermittlungsverfahren gegen weitere Personen (z.B. Ehegatten) einzuleiten waren.

Soweit Zahlen zusammengestellt werden konnten, sind bislang gegen mindestens 3413 Personen aus Nordrhein-Westfalen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Elf Beschuldigte wurden durch Erlass von Strafbefehlen zu Geldstrafen verurteilt. Bezüglich 80 Beschuldigter wurde gemäss § 153a StPO (Einstellung nach Erfüllung von Auflagen) verfahren. Die Verfahren gegen 14 Beschuldigte wurden nach § 153 StPO (Einstellung wegen Geringfügigkeit) und gegen 709 Beschuldigte gemäss § 170 Absatz 2 StPO (Einstellung mangels Tatnachweises) eingestellt. Bezüglich 89 weiterer Beschuldigter wurden die Verfahren auf andere Weise erledigt (Abgabe der Verfahren, Verbindung der Verfahren).

Anmerkung: Ein Skandal: 723 Verfahren wurden gegen unschuldige – steuererhrliche – Bürger geführt, die sich nichts zuschulden kommen liessen und ihr korrekt versteuertes Vermögen in der Schweiz gut angelegt hatten. Für diese 723 «Verdachtsfälle», die nur durch das kriminelle Zusammenwirken zwischen Datendieb und «Datenhehler» zu Unrecht der Verfolgung durch die NRW-Behörden ausgesetzt waren, wurde ein nicht unerheblicher Anteil des Diebeslohnes investiert. Dem Verfasser fehlen alle Worte, um das Mass seiner Empörung noch mit der gebotenen Zurückhaltung zu artikulieren!

5. *Wie hoch sind die Gesamteinnahmen für den Fiskus des Landes NRW aus den Verurteilungen bzw. Vergleichen der Personen aus Frage 4, aufgeschlüsselt nach Ankaufvorgängen?*

Falls der Fragesteller die Gesamteinnahmen für das Land NRW inklusive Steuernachzahlungen gemeint haben sollte, gab es ein

Aufkommen aus den CD-Auswertungen und Selbstanzeigen in Höhe von 425,3 Millionen Euro.

Aus den Verurteilungen und Verfahrenseinstellungen beträgt die Summe der Geldstrafen und Geldauflagen – soweit Zahlen zusammengestellt werden konnten – derzeit etwa 2,8 Millionen Euro.

Darüber hinaus wurden durch die nordrhein-westfälische Justiz sogenannte Verbandsgeldbussen gemäss § 30 OWiG festgesetzt. Diese betrugen insgesamt 197,5 Millionen Euro und flossen in den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

Anmerkung: Inzwischen dürfte es auch für den Dümmden klar geworden sein: Es geht dem NRW-Finanzminister in Wirklichkeit nicht um «Steuergerechtigkeit», sondern um die Verbreitung von Angst unter den Steuerpflichtigen und um die daraus folgende Mehrung der Selbstanzeigen nach § 371 der *Abgabenordnung* (AO). Diese führen nämlich nur noch in den seltensten Fällen zur Strafflosigkeit, und dafür müssen sie schon sehr professionell – am besten durch einen Fachanwalt für Steuerrecht – dargestellt werden!

II. Resümee

Der Autor darf an dieser Stelle daran erinnern, dass er schon in einem Brief vom 5. Februar 2010 an die damalige Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Frau Bundesrätin *Micheline Calmy-Rey*, schrieb:

«Allerdings bin ich davon überzeugt, dass die deutschen Behörden den illegalen Kauf der Daten noch kurzfristig verzögern werden, um über die gleichgeschalteten Medien in Deutschland zur straffbefreienden Selbstanzeige aufzurufen. Solange kein Steuerhinterzieher positiv weiss, ob auch seine Daten auf der CD enthalten sind, werden wahrscheinlich nicht wenige Steuerhinterzieher eine Selbstanzeige erstatten, obwohl sie durch die Daten-Sammlung selbst nicht enttarnt werden könnten.

Diese kurze Frist sollte die Schweiz nutzen und bei dem *Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen* in Den Haag eine Unterlassungsklage gegen die Bundesrepublik Deutschland einreichen, sowie um den Erlass einer einstweiligen Anordnung zu beantragen,

«Request for the indication of Provisional Measures»

«Demande en indication de mesures conservatoires»

durch welche der Internationale Gerichtshof der Bundesrepublik Deutschland den Kauf der Daten zumindest vorläufig und bis zu einem Urteil in der Hauptsache verbietet.»³

3) Auszugsweise veröffentlicht in «Deutschland, Liechtenstein, die Schweiz und das Völkerrecht» (Newsletter Steuerrecht vom 22.02.2010, Seite 3, Quelle: www.muenster-seminare.de/24505.pdf), und unter der URL: www.Staatsklage.de

Damals wurde das Land Nordrhein-Westfalen noch von *Jürgen Rüttgers* (CDU) und seinem Finanzminister *Helmut Linszen* (CDU) regiert, und seitdem hat sich nichts geändert, die kriminellen Methoden der Staatsgewalt sind unverändert geblieben. Warum sollte man sie auch ändern?

Fazit: «Die Methode Borjans» ist gar keine solche! Wahrscheinlich hat sie auch den Namen Linszen nicht verdient. Angefangen hatte das unwürdige Spiel nämlich im Jahr 2008, als der damalige Bundesminister *Peer Steinbrück* als «Datenhehler» des liechtensteinischen Datendiebes *Heinrich Kieber* in das Licht der Öffentlichkeit trat und ein Klima der Angst erzeugte. Kein Steuerhinterzieher wusste, ob er durch die gestohlenen Bankkundendaten schon entdeckt war, aber die Zahl der Selbstanzeigen stieg nach Steinbrücks Empfehlungen sprunghaft an.

Angst als Mittel der Politik? So etwas gab es in Westdeutschland seit 1945 nicht mehr!

III. Wer ist Norbert Walter-Borjans?

Norbert Walter-Borjans (SPD) ist also nicht der Erfinder des Systems, das älter ist als seine Amtszeit im Düsseldorfer Finanzministerium. Angst als Druckmittel ist zwar

Fortsetzung auf Seite 5

«Wir müssen lernen, wieder sparsam zu werden»

von Prof. Dr. Eberhard Hamer

In den letzten 30 Jahren haben sich die Grundsätze und Verhaltensweisen unserer Gesellschaft fundamental verändert. Nach angelsächsischem Vorbild sind wir eine unzufriedene Gesellschaft, süchtig nach oberflächlichem Lebensspass (Spassgesellschaft) und gierig nach mehr Wohlstand (Wohlstandsgesellschaft) geworden.

- Gewerkschaften und Werbung predigen uns täglich, dass wir mehr verdienen müssten, und
- Konzerne und Arbeitgeberverbände fordern uns auf, immer mehr zu arbeiten,
- damit wir auf Druck der Massenwerbung immer mehr Güter anschaffen.

Unsere Ansprüche wurden immer höher geschraubt. Nicht nur in der normalen Lebenshaltung, sondern auch im Urlaub, in den Anforderungen an den Gesundheitsdienst und in der Sicherung unserer Lebensgrundlagen einschliesslich unserer Mindestsozialbezüge. Diese höheren Ansprüche waren nur durch immer höhere Ausbeutung der Menschen selbst sowie der Ressourcen unserer Welt und der Umwelt überhaupt zu erreichen.

Vor allem die Politik hat immer höhere Anforderungen an uns gestellt. Die ständig wachsenden Steuern und Sozialabgaben verschlingen mehr als zwei Drittel unserer Bruttobezüge und lassen uns netto immer weniger (weniger als ein Drittel) zur Verfügung.

Zwei Drittel aller öffentlichen Finanzen werden nicht mehr für sinnvolle staatliche Aufgaben, sondern für die Umverteilung unter den Bevölkerungsgruppen, für Europa, für Konzerne und in der ganzen Welt in Anspruch genommen. Obendrein wird auch noch nicht nur die grösste inländische Verschuldung riskiert, sondern eine vielfache, hemmungslose europäische Schuldenhaftung, als ob mit der Geldflut kein Ende wäre.

Die Grenzen des Wachstums

Inzwischen merken wir nicht nur an den Ressourcen die Grenzen unseres Wachstums – der Ölpreis steigt ständig, auch die Mineral- und Metallpreise haben sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt. Immer mehr Menschen merken auch, dass ihre individuelle Leistungsfähigkeit die wachsenden Anforderungen in Arbeit und Leben nicht mehr trägt. Der Zusammenbruch durch Burnout ist inzwischen eine Volkskrankheit und zeigt uns, dass wir nicht mehr immer mehr arbeiten und dadurch nicht mehr immer mehr verdienen und mehr anschaffen können. Unsere Ansprüche werden sinken müssen.

Die Finanzkrise wird zunehmend auch zur Wirtschafts-, zur Arbeitsmarkt- und zur Konsumkrise und zeigt uns, dass offenbar in der Vergangenheit Blasen entstanden sind, für die wir büssen müssen.

Das gilt auch für den Moloch Staat und die durch Umverteilung über alle Einnahmen hinausgewachsenen Ausgaben, die sich in einer wachsenden Verschuldung der Staaten niedergeschlagen haben. Die ersten Staaten stossen bereits an ihre fi-

nanziellen Grenzen. Diese Erscheinung wird reihum gehen und in jeder Hinsicht die Grenzen der öffentlichen Üppigkeiten aufzeigen.

Das Ende des Wohlstandes

Unsere Politik hat zu Lasten unserer Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten verhängnisvolle Zersetzungserscheinungen produziert bzw. geduldet.

- Durch hemmungslose Immigration wurde Deutschland vorsätzlich nivelliert in Religion, in Bildung und in Kultur. Die Mehrzahl der Immigranten ist nicht zur Arbeit nach Deutschland gekommen, sondern um vom üppigen Sozialsystem mitzuleben (Sozialimmigration). Jeder auf dem Markt Arbeitende muss deshalb bereits zwei Personen (einschliesslich seiner Angehörigen) miternähren. Wer mehr verdient, entsprechend mehr.
- Gleichzeitig hat uns unsere Politik dem internationalen Wettbewerb mit Billigländern ausgesetzt, die keine Sozialabgaben kennen, keinen Patent- und Rechtsschutz, deren Löhne nur ein Viertel oder ein Fünftel unserer betragen und die vor allem nicht die hohen Lohnnebenkosten mitschleppen müssen, die wir an Steuern und Sozialabgaben weltweit am höchsten erarbeiten müssen. Die deutsche Wettbewerbfähigkeit lässt ständig nach. In der nächsten Generation werden wir vielen heutigen Entwicklungsländern gegenüber nicht mehr wettbewerbsfähig sein, weil wir ihnen unsere Technik und unser Know-how gebracht haben, diese aber dann die gleichen Produkte zu einem Bruchteil unserer Kosten zurückliefern können. Das Beispiel der Airbus-Produktion in China steht warnend für viele.
- Zugleich hat unsere Politik durch Zentralisierung in Europa immer mehr an Demokratie abgebaut und immer mehr nationale Normen, Eigenheiten und Dienstleistungen europazentral nivelliert. Unsere führenden Parteien jubeln den Weg aus dem ehemals wirtschaftlich gesunden Nationalstaat Deutschland in das wirtschaftlich kranke, finanziell taumelnde und degenerierte Gesamteuropa. Schon zeigt sich im Finanzcrash, dass die übertriebene Gier der internationalen Banken und die hemmungslose Transferfinanzierung des Wohlstandsstaates taumeln. Die Party geht zu Ende, und die Rechnung kommt nun. Niemand will sie zahlen. Die Zocker-Täter hinterlassen uns Bürgern die Zeche.
- Zusätzlich deutet sich ein Sozialkollaps an. Die Politik gibt auf breiter Front zu, dass die Renten mit dem heutigen System nicht mehr sicher sind, dass die künftigen Rentner um ihre Existenz fürchten müssen, dass man offenbar ein ungerechtes Umverteilungssystem der Renten zu kurz-sichtig und zu üppig konstruiert hat. Gleiches gilt für das Gesundheitssystem. Die Politik hat uns durch Wahlbestechungen soziale Üppigkeit gewährt, die sie nicht

hätte gewähren dürfen, die unbezahlbar sind und die nun aufbrechen.

Die verarmende Gesellschaft

Der jetzige Finanzcrash ist noch nicht beendet. Er wird sich voraussichtlich in einer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatskrise fortsetzen. Dann werden die für Europa übernommenen Schulden zu einer dramatischen Inflation führen und viele Verlierer nach sich ziehen.

- Wer verliert?
- Hauptverlierer in jeder Inflation sind die Sparer, welche einen Nominalanspruch haben, der aber bei wachsender Inflation sich immer mehr im Wert verflüchtigt.
- Verlierer sind auch die Rentner, welche eine der Inflation entsprechende Rentenerhöhung nicht erwarten können. Selbst bei gleicher Rentenhöhe wird also der Realwert der Rente immer weniger und viele Rentner verarmen.
- Verarmen wird auch das Sozialklientel. Die Hartz-IV-Bezieher und sonstigen Sozialbezieher werden mit heutigen Sozialleistungen nicht mehr rechnen können. Zumindest wertmässig nicht mehr. Sie werden sich also nicht mehr darauf verlassen können, dass der Staat sie voll unterhält. Sie müssen sich künftig auch selbst um Unterhalt mitbemühen.
- Wenn die Sozialklientel verarmt, werden auch die Sozialfunktionäre ihre heute üppigen Gehälter nicht mehr erwarten können, werden die Gelder nicht da sein, um so viele Sozialbetreuer und so hohe Gehälter dieser Funktionäre zu bezahlen. Dies gilt auch für unseren üppigen Gesundheitsdienst, der zahlen- und einkommensmässig zurückgefahren werden muss, wenn die Sozialabgaben nicht mehr ausreichend zur Verfügungen stehen, von denen sie leben.
- In jeder verarmenden Gesellschaft bleiben auch die öffentlichen Diener nicht ausgeschlossen. Wir haben die höchsten öffentlichen Gehälter der deutschen Geschichte. Dies kann nicht so bleiben. Wie Griechenland zeigt, muss der öffentliche Dienst mit drastischen Reduzierungen rechnen.
- Aber auch der Mittelstand wird leiden und schrumpfen. Viele leitende und führende Angestellte werden ihr hohes Gehalt verlieren. Auch viele der heute 4 Millionen Selbständigen werden die Wirtschaftskrise nicht überstehen. Der heute etwa 40% der Bevölkerung ausmachende Mittelstand wird – wie die Krisengeschichte zeigt – voraussichtlich auf die Hälfte zurückfallen, das heisst viele mittelständische Familien werden in die Unterschicht abrutschen und verarmen.
- Bleibt noch die Arbeiterschaft, die nicht nur durch Lohnkürzungen, sondern auch durch Entlassungen verarmen und vielfältig in Not geraten wird.

Man braucht nur die Geschichte der Krisen in den verschiedenen Ländern nachzulesen. Immer waren es die gleichen vorgenannten Erscheinungen, welche ehemals reiche Länder durch Gier und Üppigkeit verar-

men liessen, was immer zu Lasten der breiten Bevölkerung ging, aber die Oberschicht meistens aussparte.

Überlebensregeln

Wer glaubt, dass die Krise zur Verarmung der Bevölkerung führe und sich selbst ebenfalls gefährdet sieht, sollte etwas dagegen tun. Meine Generation der Nachkriegszeit hat erlebt, womit man aus dem Nichts überleben und wieder aufsteigen konnte:

- Die wichtigste Vorsorge für jede Krise ist die eigene Maximalbildung. Wer mehr Bildung und Kenntnisse und Fähigkeiten als andere in der Gesellschaft hat, wird immer gesucht sein und deshalb bessere Existenzchancen als andere haben. Nicht umsonst haben frühere Bildungspolitiker gerade den unteren Bevölkerungsschichten Bildung als wichtigste Überlebens- und Aufstiegschance empfohlen.
- Die auf uns zukommende Überschuldung und Geldentwertung (Inflation) schadet vor allem denjenigen, die monetäre Werte besitzen. Wer dagegen Sachwerte besitzt, wird von der Inflation weniger betroffen. Sachwerte erhöhen relativ ihren Wert. Also gilt als Vorsorgeregeln: Vom Geldwert in Sachwerte umsteigen. Rechtzeitig versuchen, alle Geldanlagen durch Sachwerte abzusichern.
- Zu den wichtigsten Sachanlagen gehören die eigenen vier Wände. Wer in eigenen vier Wänden wohnt, spart auch in der Krise eine Miete, steht also mit gleichem verfügbaren Einkommen erheblich besser da als andere, die von diesem Nettoeinkommen noch Miete zahlen müssen.
- Gefährlich sind auch Schulden. Wer in Krisenzeiten Schulden bedienen muss, hat weniger verfügbares Einkommen als derjenige, der schuldenfrei ist. Er hat also auch einen niedrigeren Lebensstandard. Eine der wichtigsten Regeln ist also, in der Krise schuldenfrei zu sein.
- Ist der Wohlstand vorbei, werden wir alle lernen müssen, wieder sparsam zu werden und zu bleiben. Sparsamkeit wird wieder eine Tugend werden, die überlebensnotwendig ist und über den Lebensstandard entscheidet. Viele Leute werden dies neu lernen müssen. Wer sich zuerst darauf einstellt, hat die grössten Überlebenschancen.

Aus der Wohlstandsphase und der Lebens- bzw. Wohlstandsgier, in der wir nie genug hatten, werden wir schon bald in die Phase der Bescheidenheit kommen, in der viele Menschen nicht mehr genug zum Leben haben werden. Es hilft dazu nicht, die treulosen Politiker, Banker und Manager zu verfluchen, welche uns in diese Situation gebracht haben; die Täter tragen nicht die Folgen, sondern jeder Einzelne von uns. Darum: Wer sich zuerst darauf einstellt und seine Einstellung, seinen Lebensstil und seine Vermögensdisposition darauf hin orientiert, wird die auf uns zukommenden mageren Jahre am besten überstehen. •

«Angst erzeugen ist das Mittel ...»

Fortsetzung von Seite 4

im Rechtsstaat nicht vorgesehen, aber sie passt zu der bisher politischen Karriere eines Mannes, der beruflich nomadisiert und nur seinen eigenen Vorteil sucht. Dafür ist ihm der Platz an der Seite der Möchtegernbundeskanzlerin *Hannelore Kraft* (SPD) höchst willkommen. In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzzeitung *Euro am Sonntag* vom 17.9.2012 wird der umtriebige NRW-Finanzminister als ein «Besessener» beschrieben:⁴

«Mit Kämpfen – und auch mit Niederlagen – kennt er sich bestens aus. Mit ihm im Team verlor die SPD zwei Landtagswahlen. Schliesslich Finanzminister, scheiterte der unter seiner Federführung von der rot-grünen Regierung eingebrachte Nachtragshaushalt für 2010. Auch sein Gesamthaushalt für

2012 scheiterte, als Rot-Grün von der Opposition mit einer Stimme überboten wurde.

Vor gut neun Wochen gab es dann die nächste Klatsche. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig kassierte Walter-Borjans Lieblingskind, die hauptsächlich unter dem Namen «Bettensteuer» bekannte Kulturförderabgabe: teilweise verfassungswidrig. Da hatte den gebürtigen Krefelder wohl sein alter Wunsch, die Welt zu verbessern, geritten. Schon 1986 war er an der Gründung des für eine ökologische Verkehrspolitik eintretenden Verkehrsclubs Deutschland (VCD) beteiligt.

Seine mittlerweile langjährige Partnerschaft mit der Politik war keine Liebe auf den ersten Blick. In der Tat wechselte Walter-Borjans seinen Berufsweg mindestens genauso oft wie seine Brillengestelle. Am 17. September 1952 in Krefeld-Uerdingen geboren, studierte der Sohn eines Schreiners und einer Schneiderin im Anschluss an

sein Abitur zunächst von 1971 bis 1972 Informatik, brach das Studium aber ab und wechselte zur Wirtschaft. 1978 verliess er als Diplom-Volkswirt die Bonner Uni, um 1982 an der Universität zu Köln in Staats- und Wirtschaftswissenschaften zu promovieren. Den weiteren beruflichen Werdegang markieren Stellen in der freien Wirtschaft und der Wissenschaft. 1984 holte ihn Johannes Rau in die Politik. Walter-Borjans war zunächst Referent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, später Regierungssprecher.

Heute sitzt der Vater von vier Kindern nicht nur auf dem Stuhl des Finanzministers, er ist nebenbei noch Beirat der Deutsche-Bankbank-Filiale in Düsseldorf, Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrats und der Finanzministerkonferenz und vertritt sein Land in den Aufsichtsräten der NRW Bank, Ruhrkohle AG und der WestLB. Manche – auch in-

nerhalb der SPD – lästern, Walter-Borjans schaffe mehr Probleme, als er löse.»

4) «Der besessene Steuersünder-Jäger» (von Ann-Christine Brunen), in: «Euro am Sonntag» vom 17.09.2012, www.finanzen.net/nachricht/private-finanzen/Steuer-CDs-NRW-Finanzminister-Der-bessene-Steuersuender-Jaeger-2049800

Ceterum censeo: Das Problem der «Datenhehlerei» von illegal beschafften Bankkundendaten und die damit verbundenen schädlichen Auswirkungen auf den Finanzplatz Schweiz können nur durch eine auf Unterlassung und Wiedergutmachung gerichtete Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag beendet werden. •

Quelle: Völkerrechtliche Vereinigung. Verein zur Förderung einer Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland.
www.Staatsklage.de, No. 25505 vom 21.9.2012

Rückkehr zur D-Mark!

«Ich bleibe bei meinem Votum für die Vision, die der grosse Charles de Gaulle uns gelehrt hat: das Europa der Vaterländer. Der Schatz des alten Kontinents ist die Vielfalt seiner Kulturen»

von Thomas Hoyer*

Für Thomas Hoyer ist der Euro gescheitert. Der Unternehmer sieht in der Gemein-schaftswährung Zeichen eines Putsches gegen den deutschen Staat.

Der Ökonom Eugen von Böhm-Bawerk hat gelehrt: «Politische Macht vermag das ökonomische Gesetz niemals ausser Kraft zu setzen.»

Um statt Euro ein paar Eulen nach Athen zu tragen: Die Einheitswährung ist gescheitert. Mit dem Versuch, die Gesetze der Ökonomie zu überlisten, ist die EU gescheitert wie einst der Ostblock. Das wissen auch Merkel, Schäuble, Steinmeier und Konsorten. Aber sie machen weiter und damit alles noch schlimmer. Der permanente Rettungsschirm (ESM) und der Fiskalpakt werden kommen, daran ändert kein Richterspruch etwas. Der «hochspannende Versuch» (Wolfgang Schäuble), die Wirklichkeit der Euro-Ideologie anzupassen, geht weiter.

Die neuen Gesetze heben das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, weitgehend auf. Damit beschleunigt sich die Kernschmelze des deutschen Staates. Wir befinden uns in einem mit bürokratischen Mitteln herbeigeführten Putsch. Ausgerechnet die Linkspartei hat das mit der nötigen Klarheit ausgedrückt. Souveränitätsrechte und Volksvermögen werden gegen Bemühungszusagen für «Schuldenbremsen» verschleudert. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer rühmen sich, für ihre Zustimmung mehr Geld für Kindergartenplätze erhandelt zu haben: Politik auf dem Niveau des infantilen Schwachsinn.

Das Ergebnis? Deutschland ist isoliert. Die europäischen Völker giften sich an. Weil sie nicht weiterwissen, verlagern die Parlamentarier immer mehr Kompetenzen nach Brüssel. Doch ein Kompetenzzuwachs der EU-Zentrale bedeutet nicht, dass diese plötzlich von einem europäischen Geist erfüllt wird. Die Mitarbeiter bleiben Vertreter ihrer Länder, die ihre Einzelinteressen dann noch ungehemmter ausleben können. Angela Merkel hat das Desaster nicht angerichtet, sie kämpft mit dem Erbe von Kohl, Waigel, Schröder; Schäuble.

Das politische Bewusstsein, das zum Verständnis der neuen aussenpolitischen Lage notwendig gewesen wäre, blieb aus. Erfüllt von einer politischen Romantik liess man sich auf den Euro ein. Doch die Geschichte, wusste Bismarck, arbeitet präziser als die preussische Oberrechnungskammer, und tatsächlich hat sie es dahin gebracht, dass die Bundesrepublik sich der DDR annähert, allerdings ohne die Aussicht auf Rettung. Wir können nicht länger mit den Begriffen einer Demokratie argumentieren, denn diese existiert nur scheinbar. Wir befinden uns in einem Zustand der gesellschaftlichen Agonie und politischen Anomie, also Gesetzlosigkeit. Die Verträge – Maastricht! – sind erwiesenermassen nichts wert, auch das Grundgesetz ist bloss eine Verfügungsmasse. Das Gesetz gilt nur dort uneingeschränkt, wo es sich zur Repression gegen den steuerzahlenden Bürger eignet. Ein auf dieser Währung aufgebauter europäischer Superstaat ist eine Zwangsgemeinschaft, gegen die sich alle besseren Instinkte wehren. Wer die Freiheit liebt, entwickelt Gegenstrategien,

um sich wenigstens privat gegen Ausplünderung und Gleichmacherei zu wehren. Der Superstaat wird daher aus Gründen des Selbsterhalts an die schlechten Instinkte appellieren. Bespitzelung, Überwachung, Denunziation und die Erfindung immer neuer Meinungsverbrechen werden zunehmen.

Wolfgang Schäuble lässt im Spiegel-Interview keinen Zweifel daran, welches Motiv ihn antreibt. Der Minister will die Ersetzung des Nationalstaates durch einen europäischen Superstaat. Die EU-Kommission müsse sich zu einer «echten Regierung» entwickeln, auch wenn es «zu nationalen Reflexen» komme.

Im Schatten des Euro-Desasters zeichnet sich eine politische Revolution von oben ab. Für die Pleitestaaten hat sich mit dem Zauberswort «Fiskalunion» und der damit verbundenen Vergemeinschaftung des deutschen Haushaltes eine regelrechte Bonanza aufgetan. Deutsche Steuergelder, deutsche Bonität als zur Plünderung freigegebene ergiebige Goldmine.

Warum macht das unsere politische Führung mit? Die Euro-Krise ist nur der Katalysator für das Ziel einer politischen Union Europas. Dazu muss jedoch die deutsche Verfassung geknackt werden, die den Euro-Rettern via Bundesverfassungsgericht ständig im Wege steht. Dass Schäuble den deutschen Souverän nicht mehr fürchtet, machte er im Spiegel deutlich, indem er eine Volksabstimmung ins Spiel bringt, um den Abschied vom Nationalstaat juristisch zu besiegeln. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, hatte

schon im vergangenen Jahr erklärt, man steuere «offensichtlich» auf eine Volksabstimmung zu, weil nur so weitere Kompetenzverlagerungen mit dem Grundgesetz zu vereinbaren seien.

Es steht nun zu befürchten, dass die Bundesregierung im Verein mit «gesellschaftlich relevanten Kräften» die Deutschen nötigt, dem europäischen Ermächtigungsgesetz in einem Akt demokratischen Suizids zuzustimmen. Schäuble frohlockt: «Je mehr die Menschen sehen, was auf dem Spiel steht, desto mehr sind sie bereit, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.»

Sie werden versuchen, den Putsch gegen das eigene Volk als Abstimmung über Krieg und Frieden umzudeuten. Gegner von Euro-Rettung und Fiskalunion werden so zu Extremisten gestempelt, die den Frieden gefährden. Es wird ein Endkampf um Demokratie und nationale Souveränität.

Ich bleibe bei meinem Votum für die Vision, die der grosse Charles de Gaulle uns gelehrt hat: das Europa der Vaterländer. Der Schatz des alten Kontinents ist die Vielfalt seiner Kulturen. Husum und Palermo sind nicht Miami und Seattle. Wollte Frau Merkel in die Geschichtsbücher eingehen, müsste sie den Mut aufbringen und den erfolgversprechenden Versuch unternehmen, ihren Orwellschen Neusprech zu beenden und zur D-Mark zurückzukehren. Von der politischen Klasse ist ein solcher Schritt momentan nicht zu erwarten.

* Thomas Hoyer ist Vorsitzender des Beirats der Hoyer Group.

Euro-Barometer – Vertrauen in die EU hat «historischen Tiefstand erreicht» Gegen den Willen der Bürger fordern 11 EU-Aussenminister eine Weltmacht EU

von Karl Müller

Am 17. September haben 11 Aussenminister von Staaten der Europäischen Union (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal und Spanien) einen 12seitigen Abschlussbericht über ihre Vorstellungen für die Zukunft der Europäischen Union vorgelegt. Der Bericht geht eindeutig in Richtung von mehr politischer Macht für die Institutionen der EU in Brüssel und Strassburg und richtet sich gegen das Subsidiaritätsprinzip und gegen eine Fortentwicklung der EU etwa in Richtung eines «Europas der Vaterländer». Ziel ist eine Weltmacht EU – aber ohne Recht und Demokratie.

Die Aussenminister wissen, dass die EU bei den Bürgern Europas immer weniger Zustimmung findet. So berichtete die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» am 18. September über eine aktuelle Umfrage des Instituts TNS Emnid. Demnach war die EU-Skepsis in Deutschland noch nie so gross wie heute. 63 Prozent der Befragten gaben an, dass es ihnen persönlich besser gehen würde, wenn der Euro nicht eingeführt und die D-Mark beibehalten worden wäre. 48 Prozent der Befragten glauben nicht mehr, dass die EU ihnen persönliche Vorteile bringe. Und nur noch 42 Prozent, deutlich weniger als die Hälfte der Befragten, glauben, dass der soziale Friede in Deutschland durch die Mitgliedschaft in der EU sicherer geworden ist. Weitere aktuelle Umfragen, so zum Beispiel des Demoskopischen Instituts in Allensbach, bestätigen dieses Meinungsbild. Selbst das von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Euro-Barometer kommt zum Ergebnis, dass das Vertrauen in die EU «einen historischen Tiefstand erreicht» hat. Diese kritischen Stimmen nehmen die Aussenminister nicht ernst, sondern sie tun sie mit der Formel ab: «In vielen Teilen Europas sind Nationalismus und Populismus auf dem Vormarsch [...]» Das erinnert doch sehr an das Verhalten von Diktatoren, die jede Kritik als finstere Machenschaft abtun und den Bezug zur Realität mehr und mehr verlieren.

Das Papier der Aussenminister konzentriert sich auf zwei Kernforderungen. Zuerst schreiben sie: «Die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion hat absolute Priorität.» Als weiteres Ziel streben sie, ohne es direkt so zu nennen, eine mehr oder weniger völlige Entmachtung der Nationalstaaten in zentralen Politikbereichen an.

Beim ersten Ziel streben die Aussenminister zuerst ein Ende der nationalen Haushalts-hoheit an. Die Minister bezeichnen dies als «integrierten Finanzrahmen» und «integrierten Haushaltsrahmen». Dazu soll es «wirksame Überwachungsbefugnisse mit konkreten Kompetenzen für die europäischen Institutionen zur Überwachung der Haushalte und Umsetzung der fiskalpolitischen Massnahmen der Mitgliedstaaten» geben, so wie sie schon jetzt in Ansätzen mit dem sogenannten Fiskalpakt beschlossen wurden.

Sobald aber die Euro-Krise überwunden sei, so die Minister, müsse die EU grosse Schritte tun, «um ein stärkerer Akteur auf der Weltbühne zu werden». Dazu soll der Aussenbeauftragte der EU mehr Befugnisse erhalten, die «Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik» müsse gestärkt werden, im gesamten Bereich der «Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik» (GASP) brauche es «verstärkt Mehrheitsentscheidungen» innerhalb des Europäischen Rates; das heisst die Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU soll sich dann auch gegen den Willen eines EU-Mitgliedstaates richten können. Schliesslich soll eine einheitliche EU-Verteidigungspolitik mit einer EU-Armee angestrebt werden. Offensichtlich geht es den Aussenministern vor allem um eine kriegsfähige und kriegsbereite EU. Unterschiedliche Positionen zwischen den Mitgliedstaaten der EU, so wie es sie beim Irak- und beim Libyen-Krieg gegeben hat, sollen künftig per Mehrheitsentscheid übergangen werden.

Als akzeptable Begründung für ihre Forderungen bieten die Aussenminister nichts. Sie knüpfen lediglich an ein verbreitetes Vorurteil an; 57 Prozent der Befragten in der oben genannten Umfrage glauben nämlich, dass die

EU notwendig sei, um «in Zukunft mit den Grossmächten China, Vereinigte Staaten von Amerika, Russland oder Indien wirtschaftlich mithalten zu können». So behaupten die Aussenminister, im «sich immer weiter verstärkenden Prozess der Globalisierung» und im «weltweiten Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften, Ideen und Gesellschaftsmodellen» könnten die Staaten Europas (interessanterweise sprechen die Minister nicht nur von der EU, sondern von «Europa» – und meinen das vielleicht auch so) «nur vereint» ihre «Werte und Interessen [...] wahren». Unterschlagen wird dabei, wie erfolgreich gerade kleine und freie, demokratische Staaten in einem friedlichen und gleichberechtigten, in einem friedlichen Wettbewerb sein können. Die Schweiz ist dafür ein Beispiel in Europa. Solche Beispiele gibt es aber auch auf anderen Kontinenten. Wenn aber die Aussenminister an reine Machtpolitik mit allen Mitteln denken, an gewaltige Kriege, dann hat ihre Begründung eine gewisse barbarische Logik. Daran werden die Bürger, die sich in der Meinungsumfrage geäussert haben, wohl kaum gedacht haben.

Selbstverständlich schreiben auch die Aussenminister der EU-Staaten von mehr Legitimation und mehr Demokratie. Aber hier werden die Worte doch arg missbraucht. Konkret meinen die Aussenminister damit nämlich lediglich mehr Befugnisse für das sogenannte EU-Parlament und andere EU-Institutionen. Aber auch mit mehr Befugnissen kann das bürgerferne Gebilde in Strassburg und Brüssel nicht demokratischer werden. Und mehr Befugnisse für die EU-Kommission, welche die Aussenminister ebenfalls fordern, ist gewiss kein Beitrag für mehr Demokratie.

Die Zukunft Europas braucht einen anderen Weg. Europa kann nur dann eine Zukunft haben, wenn es sich tatsächlich auf seine Werte besinnt und diese politisch auch umsetzt. Ein Gebilde wie die EU kann keine Demokratie werden und ist auch gar nicht darauf angelegt. Der Politikwissenschaftler Professor Graf Kielmannsegg hat vor ein paar Tagen geschrieben: «Wer wollte bezweifeln, dass ein 500-Millionen-Gebilde wie die Europäische Union, zu-

sammengesetzt aus einer Vielzahl von Nationen, nicht in dem Sinne Demokratie sein kann, wie es die Gliedstaaten sind? Die Vorstellung, es bedürfe nur eines starken europäischen Parlaments, dann hätten wir auch eine europäische Demokratie, ist eine naive Illusion.» («Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 20. September) Oder eine perfide Täuschung der Bürger! Gute Aussenminister hätten gut daran getan, die Frage nach der Zukunft Europas ehrlicher anzugehen: im Sinne ihres Eides für das Wohl der Bürger ihrer Staaten, nicht weiterhin im Interesse von wer weiss wem.

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inerate:

Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 198.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005, BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713 599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2012 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Wie man Konflikte zwischen Volksgruppen friedlich löst

Das Beispiel der Gründung des Kantons Jura als Modell auch für andere Länder

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

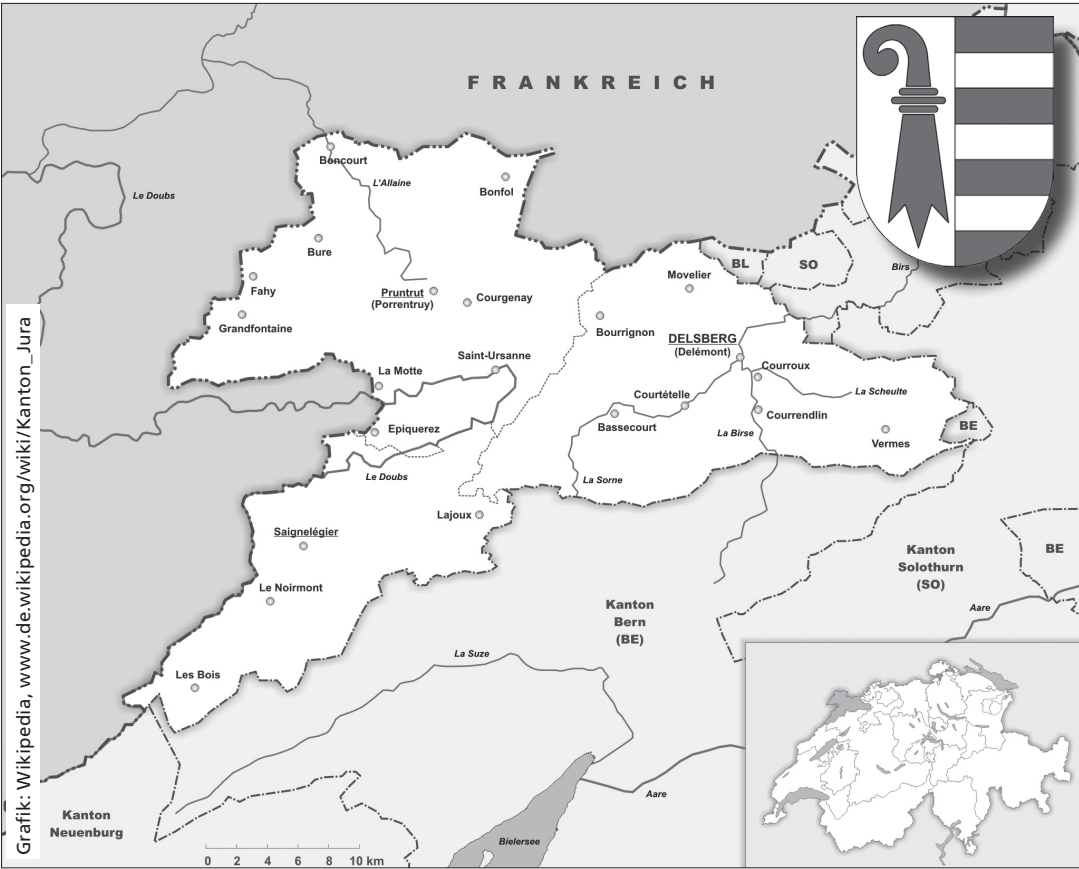
Die Entstehung des Kantons Jura am 1. Januar 1979 ist ein Musterbeispiel dafür, wie ein Konflikt zwischen einer separationswilligen Bevölkerung und dem Staat, dem sie angehört, in einer Demokratie gelöst werden kann. Die direktdemokratische Schweiz mit ihrer föderalistischen Staatsstruktur eignet sich dafür zwar besonders gut, aber auch in einer repräsentativen Demokratie wäre ein ähnliches Vorgehen möglich. Jeder vernünftige und demokratisch gesinnte Zeitgenosse wird einsehen, dass eine Gebietsaufteilung in einem rechtlich sauber geregelten Ablauf einem jahrzehntelangen Streit oder schlimmstenfalls einer «Lösung» mit militärischen Mitteln vorzuziehen ist. Unabdingbare Voraussetzung für eine Gebietsaufteilung ist, dass sie von unten, von der Bevölkerung her, initiiert wird – keinesfalls darf eine Einmischung von aussen der Anstoss sein. Eine friedliche Lösung ist möglich, wenn alle Beteiligten bereit sind, ihren Beitrag dazu zu leisten. Die Geschichte des Kantons Jura zeigt, dass dies auch in der Schweiz nicht leicht war, sondern ein jahrzehntelanges Ringen vieler beteiligter Kräfte der Gründung des neuen Kantons voranging.

Es wäre allen Völkern und Volksgruppen zu gönnen, wenn die Politiker und Bürger in ihren Staaten sich die Zeit nähmen, sich in die Entstehungsgeschichte des Kantons Jura zu vertiefen. Was hier möglich war, ist überall auf der Welt möglich. Der Separationswille darf jedoch nicht aus ausländischen Geheimdienstbüros aufgepfropft werden, sondern muss von unten, aus der Bevölkerung kommen. Die Bürger werden es ihrem Staat danken, wenn sie über ihre Staatszugehörigkeit selbst entscheiden können: Denn demokratische Selbstbestimmung trägt zur Zufriedenheit der Menschen bei und öffnet ihnen den Weg, aktive Staatsbürger zu werden, die ihre Gemeinden und ihren Nationalstaat konstruktiv mittragen.

Am 1. Januar 1979 wurde der Kanton Jura als 26. Kanton der Schweiz gegründet, mit allen Rechten und Pflichten eines Schweizer Gliedstaates. Dies war das Ende eines erbitterten und langwierigen Streits mit dem Kanton Bern, der die abspaltungswilligen Bezirke und Gemeinden über lange Zeit nicht ziehen lassen wollte. Aber es war auch der Kanton Bern, der vom Ende der 40er bis in die 70er Jahre immer wieder wichtige Schritte machte und den Weg für den neuen Kanton zu ebnen half.

Unfreiwilliger Anschluss als Ausgangspunkt

Wenn die Bewohner eines Gebiets über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte eine Trennung vom Staat, dem sie angehören, anstreben, hat dies in der Regel geschichtliche Ursachen. So auch im Falle des Jura. Er wurde am Wiener Kongress im Jahr 1815 durch ausländische Mächte, die weder die Situation der Jurassier kannten, noch diese um ihre Meinung fragten, dem Kanton Bern zugeschlagen. Die Spannungen waren vorprogrammiert, denn hier wurden zwei ganz unterschiedliche Kulturen zusammengepackt: Die Jurassier waren – und sind es bis heute mehrheitlich – katholisch und sprachen französisch, während die Berner reformiert waren und schweizerdeutsch sprachen. An sich wäre es trotzdem möglich, dass sich zwei solch verschiedenartige Volksgruppen miteinander arrangieren könnten, aber es han-



delte sich natürlich nicht um einen Zusammenschluss zweier gleichberechtigter Volksgruppen, sondern die Jura-Gebiete wurden der ehemaligen Grossmacht Bern angeschlossen und hatten sich Berns Willen unterzuordnen. Dementsprechend flackerte der Unmut der Jurassier während des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder auf und wurde in neuerer Zeit schliesslich zum Willen, sich von Bern zu trennen.

Vorgeschichte

Im Mittelalter gehörte das Gebiet des heutigen Kantons Jura zum Fürstbistum Basel, einem bischöflich regierten Territorialstaat. Im Jahre 1527 verlegte der Fürstbischof unter dem Druck der Reformation seine Residenz von Basel nach Porrentruy im Nordjura. Basel wurde im 16. Jahrhundert reformiert, ebenso die Stadt Bern. Durch den Einfluss der Stadt Bern traten die südjurassischen Gebiete, die noch heute zum Kanton Bern gehören, zum reformierten Glauben über, der Nordjura jedoch blieb katholisch und gehörte bis zur Besetzung durch französische Revolutionstruppen am Ende des 18. Jahrhunderts zum Herrschaftsgebiet des Fürstbistums. Französisch wurde und wird bis heute sowohl im Berner Jura als auch im jetzigen Kanton Jura gesprochen. Die französischen Besetzer machten im Jahre 1792 den gesamten Jura kurzerhand zu einem Teil der Französischen Republik. Am Wiener Kongress 1815 – die Schweiz war zu dieser Zeit noch ein Staatenbund – wurden die Gebiete des ehemaligen Fürstbistums Basel dem Kanton Bern zugesprochen, um diesen für den Verlust des Aargaus und der Waadt zu entschädigen, die definitiv zu selbständigen Kantonen wurden. Den Siegermächten in Wien war natürlich auch daran gelegen, dass der immer noch grosse und starke Stand Bern die Grenzen zum benachbarten Frankreich halten sollte.

Die Zeit zwischen 1815 und der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahr 1848 war vom politischen Kampf zwischen liberal-radikalen und katholisch-konservativen Kräften geprägt. So kam es auch in den katholischen Teilen des Jura bereits im 19. Jahrhundert immer wieder zu Span-

nungen zwischen den Behörden des Kantons Bern und der Bevölkerung.

Affäre Moeckli und Berner Verfassungsänderung von 1950

Die Forderung nach einem eigenen Kanton war im Lauf der Geschichte immer wieder laut geworden, als eigentliches Projekt entwickelte sie sich jedoch erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Auslöser war die sogenannte Moeckli-Affäre. Georges Moeckli war ein französischsprachiger Regierungsrat aus dem Berner Jura. Im September 1947 wollte Moeckli mit Zustimmung des Gesamtregierungsrates nach dem Tod eines Amtskollegen das Bau- und Eisenbahndepartement übernehmen. Der Grosse Rat (Parlament) des Kantons Bern zog aber einen Parteikollegen Moecklis aus Grindelwald vor, der deutschsprachig war. Darauf kam es zu einer Protestkundgebung mit über 2000 Teilnehmern in Delémont, wo die Gründung eines Kantons Jura verlangt wurde.

In dieser heiklen Situation zeigte es sich, dass die Schweizer auf die Frage der Gleichberechtigung von Volksgruppen verschiedener Sprachen und Kulturen sensibilisiert sind. Die Eidgenossen hatten im Laufe ihrer langen Geschichte immer wieder solche oder ähnliche Konflikte zu bewältigen – manchmal taten sie dies mit mehr, manchmal mit weniger Fingerspitzengefühl. Die Affäre Moeckli war ein Missgeschick, das Regierung und Parlament des Kantons Bern sogleich in Ordnung zu bringen versuchten. Schon 1949 ging das Parlament auf die berechtigten Forderungen der Jurassier nach Gleichbehandlung der französischsprachigen Berner ein und genehmigte 19 Anträge, welche das Verhältnis zwischen Altbern und dem Jura verbessern sollten, so unter anderem den Ausbau der Vorlesungen in französischer Sprache an der Universität Bern oder Umfragen über das Bedürfnis nach einer französischsprachigen Schule in der Stadt Bern. Dass der Kanton Bern schon vorher zwei Amtssprachen hatte, deutsch und französisch, ist für die Schweiz selbstverständlich.

1950 wurde der Berner Bevölkerung eine Verfassungsänderung zur Abstimmung vor-

gelegt, die in Artikel 1 und 2 der Verfassung festhielt, der Kanton umfasse «das Volk des alten Kantonsteils und dasjenige des Juras» und die Staatsgewalt beruhe «auf der Gesamtheit des Volkes im alten Kantonsteil und im Jura». Dieser Wortlaut anerkannte ausdrücklich die Existenz eines eigenen jurassischen Volkes. Am 29. Oktober 1950 hiess das Berner Volk dieses sogenannte Jura-Statut mit dem überwältigenden Mehr von 69 089 Ja gegen 7289 Nein gut, und zwar in allen Amtsbezirken, in jenen des Juras noch deutlicher als im alten Bernbiet. 1951 stimmte der Regierungsrat der Schaffung einer eigenen Jura-Fahne zu.

Volksinitiative von 1959

Aber der Wunsch vieler Jurassier, sich vom Kanton Bern zu trennen und einen eigenen Kanton zu gründen, war nicht mehr aufzuhalten. Anfangs der 50er Jahre organisierten sich die jurassischen Separatisten im «Rassemblement jurassien (RJ)»: «Ihr Ziel ist die Befreiung des Juras aus der bernischen Vormundschaft durch die Schaffung eines unabhängigen Staates oder eines Schweizer Kantons.» (www.groupebelier.ch, Übersetzung Zeit-Fragen) Allerdings stand die Gründung eines von der Schweiz unabhängigen Staates nie ernsthaft zur Diskussion.

Das Rassemblement forderte nun mit einer kantonalen Initiative ein kantonales Gesetz für die spätere Durchführung eines Plebiszites im Jura über die Trennungsfrage. Eine Abstimmung im alten Kantonsteil zur Frage, ob man den Jura ziehen lassen wolle, sah das Volksbegehren nicht vor. Für das Begehren wurden im ganzen Kanton 23 336 Unterschriften gesammelt, davon über 20 600 im Jura. Der Berner Regierungsrat beantragte, die Initiative für gültig zu erklären und sie dem Volk ohne Gegenvorschlag vorzulegen, der Grosse Rat stimmte ohne Gegenstimme zu. Auch hier wieder sehen wir die Bereitschaft der Berner Behörden, den Jurassiern entgegenzukommen. Am 5. Juli 1959 wurde die Initiative im gesamten Kanton deutlich mit 80 141 Nein gegen 23 130 Ja und in den sieben jurassischen Amtsbezirken knapp mit insgesamt 16 352 Nein gegen 15 159 Ja verworfen. Bereits damals zeichnete sich ab, dass nicht alle Jurassier einen eigenen Kanton wollten: Die drei Bezirke Franches Montagnes, Delémont und Porrentruy – also dieselben, die dann in den 70er Jahren für die Gründung eines Kantons Jura stimmten – nahmen für die Möglichkeit eines Plebiszits zur Trennung vom Kanton Bern Stellung, während Courtelary, das Laufental, Moutier und La Neuveville die Vorlage ablehnten. Die Stimmbeteiligung betrug im Jura 85%.

Welchen Weg – Gewalt oder Demokratie?

Nachdem der Wunsch nach einer Volksabstimmung über die Gründung eines Kanton Jura in 3 der 7 Bezirke offen auf dem Tisch lag, blieb die Situation unruhig. Bei verschiedenen Wahlen von Regierungsräten oder anderen hochrangigen Politikern kam es zu Spannungen, wenn Kandidaten aus dem Jura eine Abfuhr erlitten, was immer wieder zu Unmut in der Bevölkerung führte. Eine weitere Eskalation entstand, als das Eidgenössische Militärdepartement in den 50er Jahren in den Franches Montagnes einen Panzerwaffenplatz

Fortsetzung auf Seite 8

«Im Zeitalter der wachsenden Staatsallmacht stellte die Angliederung eines welschen Landesteils den deutschsprachigen Kanton Bern vor eine schwierige, zugleich aber auch schöne Aufgabe. Vor allem fiel es ihm zu, den Beweis zu erbringen, dass er zwischen der alemannischen und der welschen Schweiz eine verbindende Brücke zu schlagen vermöge – nach dem Beispiel der andern mehrsprachigen Kantone Freiburg, Valais und Graubünden. Im grossen ganzen hat Bern, dessen Hauptstadt seit Jahrhunderten stark von der französischen Kultur imprägniert war, die überbundene Aufgabe nicht ohne Erfolg gemei-

stert. Zeitweise Reibungen liessen sich naturgemäss nicht vermeiden. Schon weil die Jurassier in ihrem neuen Staatswesen nur eine recht kleine Minderheit ausmachten – einen blossen Sechstel der Gesamtbevölkerung, um 1880 einen Fünftel, heute fast nur noch einen Siebtel – war es auch bei weitestem Entgegenkommen schwierig, ihnen das fatale Gefühl zu nehmen, dass sie im Konfliktfall jederzeit majorisiert werden könnten.» (S. 11)

Quelle: Adolf Gasser. Der Jura und der Kanton Bern. Abdruck aus der Gedenkschrift 150 Jahre Berner Jura 1815–1965, mit einem Nachtrag 1965–1977, Laufen 1977

Zum Zwischenfall Georges Moeckli:

«In enger Fühlungnahme mit den jurassischen Grossratsabgeordneten bemühten sich die bernischen Kantonsbehörden nach einem ersten ärgerlichen Aufwallen gewissenhaft und loyal, das entstandene Malaise zu beschwichtigen und die berechtigten Begehren des Juras zu erfüllen. Anfangs 1949 erklärte die Regierung in aller Form das Vorhandensein eines starken Juras, der seiner eigenen kulturellen und politischen Bedeutung und seiner Eigenständigkeit bewusst sei und diese Werte mit aller Klarheit und Folgerichtigkeit zu wahren wisse, liege im Lebensinteresse des Kantons Bern.» [...]

ren wisse, liege im Lebensinteresse des Kantons Bern.» [...]

Auch in der Frage der Hoheitszeichen verhielt sich die bernische Regierung grosszügig und ordnete im September 1951 an, das neuentstandene Jurawappen, das den Separatisten als Symbol eines künftigen 23. Schweizerkantons gilt, sei hinfort als Landesteilwappen neben dem Staatswappen zu hissen.» (S. 34)

Quelle: Adolf Gasser. Der Jura und der Kanton Bern. Abdruck aus der Gedenkschrift 150 Jahre Berner Jura 1815–1965, mit einem Nachtrag 1965–1977, Laufen 1977

«Wie man Konflikte zwischen ...»
Fortsetzung von Seite 7

plante. Der Widerstand eines Teils der Bevölkerung hatte zur Folge, dass die Verhandlungen zwischen privaten Landbesitzern und dem Bund platzten und das geplante Projekt ausserhalb des Juras verwirklicht wurde. Schliesslich kaufte der Kanton Bern das Territorium und verkaufte es dem Bund weiter, der dort 1962 ein militärisches Pferdezentrum errichten wollte. Eine Gruppe von Jurassiern, inspiriert von ausländischen Widerstandsbewegungen im Südtirol oder in Algerien, nutzte die Waffenplatzfrage, um ihren Widerstand gegen «Bern» – ob Kanton oder Bundeshauptstadt – kundzutun, wobei sie teilweise den demokratischen und rechtsstaatlichen Weg verliessen.

Die militante Jugendorganisation «groupe bélier» (frz. für Widder, Rammbock, Sturmbock) wurde 1962 gegründet. Die Béliers erregten in den 60er und 70er Jahren mit provokativen Aktionen einige Aufmerksamkeit in der Schweizer Bevölkerung. Sie sprayten grosse Jura-Flaggen auf die Felsen, mauerten in einer Überraschungsaktion die Tür des Berner Rathauses zu und drangen mitten in der Session lärmend mit der Jura-Fahne in den Nationalratssaal ein, was ihnen ein Strafverfahren beim Bundesgericht eintrug. So wurde die Jura-Frage in der ganzen Schweiz zum Diskussionsthema – was auch beabsichtigt war. Während die Béliers sich noch mehr oder weniger am Rande der Legalität bewegten und auf einige Sympathie stiessen, entstand leider auch eine zweite Organisation, die eindeutig kriminelle Taten ausübte: Die Untergrundorganisation «Front de libération jurassien» beging Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Militärbaracken, aber auch gegen Gebäude prominenter Antiseparatisten. Einige der Täter wurden ermittelt und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Solcherlei «Widerstandskampf» stiess mit Recht auf wenig Verständnis im ganzen Lande, aber auch im Jura selbst. Was im Kulturkampf des 19. Jahrhunderts noch üblich gewesen war, passte in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr – ganz besonders nicht in der Schweiz, wo die direkte Demokratie gewaltfreie Wege anbietet. Der Separationswille bei der Bevölkerung des Jura blieb aber unvermindert bestehen, was sie 1964 an einem «Fest des jurassischen Volkes» in Delémont zum Ausdruck brachte: über 35 000 Menschen strömten zusammen und bezeugten ihre Verbundenheit mit dem Jura und untereinander.

Der demokratische Weg setzt sich durch

Den mutigen Schritt zu einer befriedigenden Lösung des Jura-Problems tat schliesslich die Berner Regierung. In einem Regierungsratsbericht von 1963 hatte sie noch jedes Gespräch mit anderen Repräsentanten des Juras als den Grossräten (kantonalen Parlamentariern) abgelehnt, auch hatte sie jede Vermittlung von aussen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kantons zurückgewiesen. Schliesslich obsiegte aber die Einsicht, dass etwas getan werden musste. Im Juni 1967 ernannte der Berner Regierungsrat eine Arbeitsgruppe, die Vorschläge zur Lösung der Jura-Frage ausarbeiten sollte. Diese «Kommission der 24» bestand aus je 12 Altbernern und Jurassiern der verschiedensten Parteien und Richtungen. Auch das Rassemblement jurassien – das der Regierungsrat bisher nicht als Gesprächspartner akzeptiert

hatte – wurde in diese Arbeitsgruppe eingeladen, doch verweigerte es seine Mitarbeit. Besonders Regierungsrat *Ernst Jaberg* ging mit demokratischer Gesinnung voran und erklärte, wenn die Jurassier eine Abstimmung über einen eigenen Kanton wollten, dann müsse man sie halt abstimmen lassen.

1968 willigte der Regierungsrat zudem im Einverständnis mit dem Bundesrat ein, eine «Kommission der guten Dienste» von vier «Weisen» einzusetzen. Sie umfasste die alt Bundesräte *Max Petitpierre* und *Friedrich Traugott Wahlen*, den Waadtländer Regierungsrat (und späteren Bundesrat) *Pierre Graber* und den Landammann *Raymond Broger* aus Appenzell-Innerrhoden. Die Kommission sollte zwischen den Parteien vermitteln, ohne über den Sinn der Reformvorschläge ein Urteil abzugeben.

Die – auch für die Schweiz erstmalige – Ausarbeitung eines Verfahrens zur Gründung eines neuen Kantons, das allen Beteiligten so gut wie irgend möglich gerecht werden sollte, wurde daraufhin zügig vorangetrieben und innert zehn Jahren durchgeführt.

Die Gründung des Kantons Jura – ein Modell

1. Schaffung einer rechtlichen Grundlage in der Berner Kantonsverfassung

Als erstes war eine neue Verfassungsbestimmung notwendig, damit eine Volksabstimmung im Jura zur Frage seiner Trennung vom Kanton überhaupt zulässig war: Über diese Grundsatzfrage hatte die Bevölkerung des ganzen Kantons zu entscheiden. Am 10. Dezember 1969 nahm der Grosse Rat ohne Gegenstimme einen «Zusatz zur Staatsverfassung des Kantons Bern hinsichtlich des jurassischen Landesteils» an, die ein mehrgliedriges Verfahren für dieses Vorhaben regelte.

Die Volksabstimmung fand am 1. März 1970 statt. Die Vorlage wurde mit 90 000 Ja gegen 14 000 Nein gutgeheissen, und zwar in allen Amtsbezirken des Kantons Bern, im Jura sogar im Verhältnis von 10:1.

Damit öffnete die Bevölkerung des Kantons Bern den Jurassiern den Weg zur Selbstbestimmung über ihre territoriale Zugehörigkeit. Das deutliche Ja der Stimmbürger – und zuvor des Parlamentes – zeugt von deren Grosszügigkeit und demokratischer Gesinnung.

2. Volksabstimmung im jurassischen Kantonsteil

Am 23. Juni 1974 fand die Abstimmung in den jurassischen Bezirken statt. Die Abstimmungsfrage lautete kurz und bündig: «Wollt ihr einen neuen Kanton bilden?»

Das Ergebnis fiel insgesamt knapp aus, aber bei einer Stimmbeteiligung von 90% siegten mit 36 802 Ja gegen 34 057 Nein die Separatisten. Von den sieben Amtsbezirken entschieden sich drei mit deutlich überwiegendem Mehr für eine Trennung: Delémont, Franches Montagnes und Porrentruy. Drei Bezirke stimmten dagegen: Courtelary und La Neuveville mit klarer Mehrheit, Moutier verhältnismässig knapp (7069 Ja, 9330 Nein). Ein Nein war auch das Ergebnis im deutschsprachigen Laufental. Jeder

Bezirk hatte im gleichen Sinne gestimmt wie 1959.

3. Volksabstimmung im Südjura

Der nächste Schritt war die Bestätigung der ablehnenden Bezirke, dass sie im Kanton Bern bleiben wollten. Das entsprechende Volksbegehren wurde im Südjura von mehr als der Hälfte der Bürger unterzeichnet (statt der geforderten 20%).

So kam es am 16. März 1975 zur Abstimmung über die Frage «Wollt ihr beim Kanton Bern verbleiben?». Bei noch etwas höherer Stimmbeteiligung als im Juni 1974 ergab sich dasselbe Bild wie auch bereits 1959: Die Bezirke Courtelary und La Neuveville stimmten mit deutlicher Mehrheit für das Verbleiben beim Kanton Bern, Moutier eher knapp.

4. Volksabstimmungen in den Grenzgemeinden

Im September 1975 konnten dann noch 13 Gemeinden an der neuen Kantonsgrenze über ihre Kantonszugehörigkeit entscheiden. Moutier (recht knapp), Grandval, Perrefitte, Rebévelier und das deutschsprachige Schelten – lauter Gemeinden mit mehrheitlich protestantischer Bevölkerung – blieben bei Bern, Les Genevez, Lajoux, Châtillon, Courrendlin, Rossemaison, Courchapoix, Corban und Mervelier (alle mit einer Mehrheit von katholischen Einwohnern) schlossen sich dem Kanton Jura an.

5. Eidgenössische Volksabstimmung

Die Änderung im Bestand der Kantone bedingt im Schweizerischen Bundesstaat eine Änderung der Verfassung. Die Aufnahme des neuen Kantons musste daher von Volk und Ständen genehmigt werden, damit die Aufzählung der Kantone in Art. 1 der Bundesverfassung um den Jura ergänzt werden konnte. Die eidgenössische Volksabstimmung fand am 24. September 1978 statt. Für die Schweizer Bevölkerung war es selbstverständlich, dass sie die demokratische Bereinigung des Jura-Problems durch die Beteiligten respektierte: Mit einem überwältigenden Mehr von 1 300 000 Ja gegen 280 000 Nein und der Zustimmung aller Stände wurde der neue Kanton in der Eidgenossenschaft willkommen geheissen.

6. Einige ungelöste Fragen

Trotz des sorgfältig ausgearbeiteten Verfahrens blieben noch einige Probleme offen. Der Berner Verfassungszusatz von 1970 erlaubte keine weiteren Gebietsverschiebungen mehr. Damit blieb die Kantonszugehörigkeit einzelner Gebiete unbefriedigend, was erst viel später gemäss den Wünschen der Bevölkerung geregelt werden konnte.

Das Laufental, das zwar mehrheitlich katholisch, aber deutschsprachig ist, stimmte zunächst in der Volksabstimmung vom 14. September 1975 für das Verbleiben beim Kanton Bern. Da der Bezirk Laufen durch die Gründung des Kantons Jura vom Berner Kantonsgebiet territorial getrennt wurde, liess der Berner Verfassungszusatz von 1970 dem Laufental die Möglichkeit offen, sich später einem dritten Kanton anzuschliessen.

In einem langwierigen Verfahren entschieden sich die Laufentaler für den Kanton Basel-Landschaft, dem sie 1994 beitraten.

Die kleine Gemeinde Vellerat mit ihren rund 70 Einwohnern lag im Bezirk Moutier und konnte deshalb 1975 nicht über ihre Kantonszugehörigkeit bestimmen. Die Bevölkerung kämpfte seit damals für den Anschluss an den Kanton Jura. Erst nach jahrelangen Verhandlungen war der Kanton Bern bereit, einer weiteren Gebietsabtretung zuzustimmen. In der eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. März 1996 wurde der Beitritt Vellerats zum Kanton Jura mit grossem Volksmehr und allen Stimmen der Stände genehmigt.

Seit der Totalrevision der Bundesverfassung von 1999 ist übrigens bei einem Kantonswechsel einzelner Gemeinden oder Kantonsteile keine eidgenössische Volksabstimmung mehr vorgesehen, sondern dies kann von den betroffenen Gemeinden und Kantonen selbständig geregelt werden. (BV Artikel 53)

Die deutschsprachige Gemeinde Ederswiler hatte sich 1974 gegen die Schaffung des Kantons Jura ausgesprochen. Auf Grund seiner geografischen Lage kam Ederswiler jedoch zwangsläufig zum Kanton Jura. Als das Laufental zum Kanton Basel-Landschaft übertrat, hatte Ederswiler keine gemeinsame Grenzen mehr mit Berner Gemeinden. Die Rückkehr von Ederswiler zum Kanton Bern steht deshalb nicht mehr zur Diskussion.

Trotz der vorbildlichen demokratischen Vorgehensweise gibt es auch heute noch einige Unzufriedene im Kanton Jura und im Berner Jura, die auf der «Einheit des gesamten jurassischen Volkes» bestehen. Nach echter Schweizerart bleiben auch sie nicht ungehört: 1994 wurde die Interjurassische Versammlung (*Assemblée interjurassienne*) – eine von der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestellte Kommission mit allen interessierten Kreisen – gebildet. Seit 2004 bereitet sie eine neue Abstimmungsserie vor, in der noch einmal alle Jurassier beider Kantone entscheiden können, ob sie sich zu einem gemeinsamen Kanton Jura zusammenschliessen wollen.

Es wäre allen Völkern und Volksgruppen zu gönnen, dass die Politiker und Bürger in ihren Staaten sich die Zeit nähmen, sich in die Entstehungsgeschichte des Kantons Jura zu vertiefen. Was hier möglich war, ist überall auf der Welt möglich. Der Separationswille darf jedoch nicht aus ausländischen Geheimdienstbüros aufgepfropft werden, sondern muss von unten, aus der Bevölkerung kommen. Die Bürger werden es ihrem Staat danken, wenn sie über ihre Staatszugehörigkeit selbst entscheiden können: Denn demokratische Selbstbestimmung trägt zur Zufriedenheit der Menschen bei und öffnet ihnen den Weg, aktive Staatsbürger zu werden, die ihre Gemeinden und ihren Nationalstaat konstruktiv mittragen.

Quellen: Kanton Jura, Wikipedia, www.de.wikipedia.org/wiki/Kanton_Jura

Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons Bern. Digitale Ausgabe 07/1998, www.digibern.ch/GKB1789/index3t4.html

Homepage der Groupe Bélier, www.groupebelier.ch

LESER  BRIEFE

Zum Aufruf von 113 Parlamentariern zum Bettag
Gedanken eines säkularen Nichtparlamentariers

Zeit-Fragen hat letzte Woche an prominenter Stelle den Bettagsaufruf von 113 Parlamentariern zum Thema Dankbarkeit und Genügsamkeit abgedruckt. Als säkularer Nichtparlamentarier hätte ich spontan, überzeugt und ohne Berührungsängste diesen Aufruf unterschrieben, auch wenn er aus religiöser Sicht formuliert ist. Weshalb?

Kurz gesagt: Dankbarkeit und Genügsamkeit sind in heutiger Zeit zentrale Gegenentwürfe zur verheerenden Globalisierung mit ihrer Gier, dem gewissenlosen Profitdenken und dem schrankenlosen Machtstreben.

Wozu rufen unsere Parlamentarier auf?

Zuerst «zum Bewusstsein, dass es in unserem Land ein ständiges Suchen nach Ausgewogenheit unter den zahlreichen sprachlichen, politischen und religiösen Minderheiten braucht». Schon alleine dazu braucht es unser aller Genügsamkeit in Form von Grossmütigkeit, Zurückhaltung, Sorgfalt und das Wissen, dass gerade diese Ausgewogenheit der

Schweiz seit bald zwei Jahrhunderten Frieden und Prosperität beschert hat.

«Für diese Freiheit dankbar zu sein», heisst doch nichts anderes als sich der geschichtlichen Entwicklung und Leistung unserer Vorfahren bewusst zu sein. Wir laufen heute Gefahr, in unserer satten Genügsamkeit – die aber nichts anderes als bequeme Interesselosigkeit und mangelndes geschichtliches Wissen widerspiegelt – unseren Lebensstandard, die ganzen Errungenschaften zivilisatorischer Entwicklung als selbstverständlich hinzunehmen. Selten fragen wir uns, woher sie kommen, unter welchen Entbehrungen und Bedingungen sie geschaffen worden sind.

«Zu beten für Weisheit und gerechtes Handeln für all jene, die Verantwortung tragen in Staat, Wirtschaft, Kirchen und der Zivilgesellschaft» – diesen Teil des Aufrufes würde ich persönlich gerne ergänzen mit der ernsthaften Bitte und dem kompromisslosen Hinweis auf die Aufgaben, die uns die Verfassung auf-

erlegt und auf die jeder Politiker geschworen hat. Unsere Verfassung ist Vorbild für jeden in unserer Gesellschaft.

«Dass wir uns der Benachteiligten und Schwachen in der Schweiz und in der Welt annehmen» – dies wäre wohl die adäquate Antwort auf unsere Neutralität, und zwar in Form von Mediationsangeboten wie damals in Evian, wo mit Hilfe der Schweiz 1964 der mörderische Algerien-Krieg beendet werden konnte. Auch ein Ausstieg aus der *PfP* (*Partnership for peace*), einer Partnerorganisation der Nato, wäre angebracht, dient die Nato doch nur imperialer Machtgier.

Kurz gesagt, sind Dankbarkeit und Genügsamkeit nicht nur christliche Werte, sie finden sich in vielen Religionen. Indigene Völker weltweit leben uns diese Werte heute noch in eindrücklicher Weise vor. Also Gründe genug, diesen berührenden Aufruf zu beherzigen.

Roland Güttinger

Korrigendum

zf. In der Tabelle über Volksbegehren und Volksentscheide in den deutschen Bundesländern (*Zeit-Fragen* Nr. 40, Beilage, Seite A) heisst es zum Bundesland Baden-Württemberg in der rechten Spalte («Quorum für Volksentscheid»): «1/3 der Stimmberechtigten muss abstimmen; einfache Mehrheit der Stimmen entscheidet. Bei Verfassungsänderungen entscheidet eine Mehrheit von 50% der Stimmberechtigten.»

Richtig muss es heissen: «Einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, mindestens 1/3 der Stimmberechtigten, muss zustimmen. Bei einer Verfassungsänderung muss die Mehrheit der Stimmberechtigten zustimmen.»